

17. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“

Öffentliche Anhörung

9. Sitzung

Freitag, 20. Januar 2023, 9:30 Uhr

Stuttgart, Haus des Landtags

Plenarsaal
Videokonferenz

Beginn: 9:32 Uhr (Mittagspause: 11:56 bis 14:00 Uhr) Schluss: 17:02 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Teil I – öffentliche Sitzung

Politische Aussprache

zum Handlungsfeld Gesundheit.....(gesondertes Protokoll)

Teil II – öffentliche Anhörung

**Anhörung von Thomas Strobl, stellvertretender Ministerpräsident
und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen von
Baden-Württemberg**

zum Handlungsfeld „Staatliche Krisenvorsorge, Krisenfrüherkennung
sowie Krisenbekämpfung“ S. 1

Teil III – nicht öffentliche Sitzung (gesondertes Protokoll)

1. Festlegung des in der Sitzung der Enquetekommission am Freitag, 10. März 2023, zu behandelnden Themas
2. Festlegung des in der Sitzung der Enquetekommission am Freitag, 31. März 2023, zu behandelnden Themas
3. Bestimmung von in der Sitzung der Enquetekommission am Freitag, 10. März 2023, anzuhörenden Sachverständigen
4. Verschiedenes

Teil II – öffentliche Anhörung (Beginn: 14:00 Uhr)

Anhörung von Thomas Strobl, stellvertretender Ministerpräsident und Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen von Baden-Württemberg zum Handlungsfeld „Staatliche Krisenvorsorge, Krisenfrüherkennung sowie Krisenbekämpfung“

Vorsitzender Alexander Salomon: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie recht herzlich zu Teil II unserer heutigen Tagesordnung, zur öffentlichen Anhörung, begrüßen.

Herr Strobl, ich darf Sie im Namen von uns allen ganz herzlich begrüßen und Ihnen danken, dass Sie heute da sind. Sie haben auch Verstärkung aus dem Ministerium bzw. aus den Behörden mitgebracht. Vielen Dank dafür. Somit können sicherlich alle Fragen, die heute gestellt werden, und auch alle Anmerkungen durchaus fachlich gut beantwortet bzw. begleitet werden.

Wir hatten vereinbart, dass Sie zunächst in die Thematik einführen. Danach haben die Fraktionen die Möglichkeit, Fragen direkt an Sie zu stellen. Sie können es dann jeweils auch weitergeben und delegieren, falls die Fragen durch die Fachkräfte aus Ihrem Ministerium beantwortet werden sollen.

Wenn Sie möchten, können Sie nach vorn ans Redepult kommen – ein bekannter Platz für Sie. Sie haben ungefähr 45 Minuten Zeit. Wir freuen uns natürlich über eine kürzere Vortragszeit.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Thomas Strobl: Das liegt ganz bei Ihnen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich sage das immer nur vorsorglich, bevor die Redezeit stark überzogen wird. Aber ich glaube, Sie sind so erfahren, dass Sie die Redezeit gut einhalten werden. Ihnen gehört jetzt das Feld.

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Thomas Strobl: Herr Vorsitzender, das können wir selbstverständlich so handhaben. Ich bin da ganz flexibel. Mir ist gesagt worden: 45 Minuten. Ich habe dann gleich an eine Schulstunde gedacht. So habe ich meinen Vortrag jetzt zunächst mal vorbereitet.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, liebe Mitglieder der Enquetekommission „Krisenfeste Gesellschaft“, meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Erstes möchte ich Ihnen sagen, dass ich Ihre Arbeit sehr ernst nehme und an diesem wichtigen Thema wirklich sehr interessiert bin. Deswegen ist es mir auch ein Anliegen gewesen, die Expertise, die wir im Innenministerium haben, mitzubringen, damit Ihre Fragen auch mit dem Expertenwissen, das wir im Innenministerium haben, unmittelbar beantwortet werden können – nicht dass ich mir das nicht auch selbst zutrauen würde, aber gerade bei einer Enquetekommission finde ich es wichtig, dass das Fachwissen der Experten, über das wir verfügen, Ihnen auch unmittelbar zur Verfügung steht.

Ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie heute Nachmittag hier in den Landtag gekommen sind.

Ihre Enquetekommission hat es sich zum Ziel gesetzt, Lehren aus der Coronapandemie zu ziehen und Handlungsempfehlungen zu entwickeln, um unsere Gesellschaft in Baden-Württemberg krisenfest und resilient aufzustellen. Das ist gut so, und das ist wichtiger denn je. Krisen gehören zum Leben, und dass es auch einmal eine schwere Krise gibt, gehört auch dazu. Es hat sich jedoch in der jüngeren Vergangenheit etwas geändert: Wir haben nicht eine schwere Krise, sondern wir haben mehrere schwere Krisen gleichzeitig, wir haben also eine multiple Krisenlage, wie es sie – jedenfalls nach meiner Einschätzung – in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, also in den vergangenen mehr als 70 Jahren, so nicht gegeben hat. Mögen wir auch die Coronapandemie weitestgehend bewältigt haben, hält uns doch der brutale russische Angriffskrieg weiter in Atem. Als jemand, der sich seit vielen Jahren mit Krisenlagen beschäftigt, sage ich Ihnen: Stellen wir uns einmal darauf ein, dass uns das leider noch lange beschäftigen wird.

Auf abscheulichste Weise ist uns deutlich geworden, wie verletzlich unsere Sicherheit, und letztlich, wie verletzlich unsere Freiheit, unsere Demokratie und unser Frieden sind. Manche haben vielleicht gedacht, das sei alles selbstverständlich. Nein, nichts ist selbstverständlich. Dass man gesund ist, ist nicht selbstverständlich, aber auch die Demokratie ist nicht selbstverständlich. Vielmehr sind weltweit alle Demokratien, die es gibt, unter Druck, und zwar unter gewaltigem Druck von außen. Es ist ja nicht nur ein Krieg gegen Ukrainerinnen und Ukrainer, sondern gegen die Art, wie wir leben, gegen unsere Freiheit und gegen unsere Demokratie, und die internen Herausforderungen für unser demokratisches Gemeinwesen sind ebenfalls immens.

Die Folgen des Krieges: explodierende Energiepreise, drohende Versorgungsengpässe, Hunderttausende schutzsuchender Menschen auf der Flucht – also auch hier gigantische Herausforderungen für Staat und Gesellschaft als Kriegsfolgen. Wir mussten erfahren: Zu der bereits vorhandenen Krise, der Coronapandemie, treten neue Lagen hinzu, die die Herausforderungen wesentlich komplexer machen. So

auch schon im Jahr 2021 etwa bei der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Um das noch einmal klar zu sagen: Selbstverständlich werden sich solche Unwetter auch in Baden-Württemberg ereignen. Weder hoffe ich darauf noch wünsche ich mir das – das wäre ein völliges Missverständnis –, aber stellen wir uns einmal darauf ein, dass diese Unwetter nicht auf Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen beschränkt sind, sondern dass auch wir in Baden-Württemberg diese Starkregenereignisse, diese Überschwemmungen und all die damit verbundenen Folgen in den nächsten Jahren haben werden.

Die klimatischen Veränderungen stellen uns also zusätzlich erneut vor bestimmte Lagen. Ich weiß noch, dass ich belächelt worden bin – nicht von allen –, als wir mit 2 500 Einsatzkräften eine Waldbrandübung im Naturpark Schönbuch gemacht haben. Ich kann mich noch sehr gut an die spöttischen Bemerkungen erinnern: „Wie kann man nur Waldbrandgefahren mit 2 500 Einsatzkräften üben?“ Inzwischen wird anders über ein solches Thema gesprochen.

Deshalb ist auch Ihre Arbeit, die Arbeit dieser Enquetekommission, wichtiger denn je. Ich will mich auch dafür bedanken, dass Sie sich diese Arbeit machen, und deswegen bin ich heute auch gern bei Ihnen und freue mich, dass ich damit auch Teil dieser wichtigen Arbeit, Ihrer Arbeit, sein darf.

Welche Lehren ziehen wir aus der Pandemie? Wir alle, also Politik, Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft, sind gut beraten, Lehren zu ziehen. „Lessons Learned“ – das ist das Gebot der Stunde. Ganz entscheidend sind aus Sicht des Innenministeriums folgende Punkte:

Wir müssen das Krisenbewusstsein und die Eigenverantwortung weiter fördern und in allen Teilen unserer Gesellschaft verankern. Das ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten schon ein bisschen verkümmert. Wir müssen uns als Staat und Verwaltung in besonderem Maß auf kommende Krisen vorbereiten und leider, wie ich es immer wieder formuliert habe, auch das Udenkbare denken. Wir müssen staatlicherseits alle Kräfte bündeln. Das beinhaltet insbesondere eine intensive Zusammenarbeit der Länder mit dem Bund und mit der Europäischen Union.

Auf all diesen Gebieten sind wir in Baden-Württemberg auch im Ländervergleich sehr gut aufgestellt. Aber gerade wir im Innenministerium arbeiten jeden Tag daran, dass es noch ein bisschen besser wird. Es geht also nicht darum, dass wir Abläufe und Strukturen gänzlich neu erfinden müssen. Aber wir müssen das Gute immer weiter verbessern. Das ist eine Daueraufgabe, der wir uns jetzt im Lichte der Krisen der letzten Monate und Jahre weiterhin mit ganz besonderer Aufmerksamkeit stellen.

Ein Punkt kommt neu hinzu. Ich habe zuvor die Waldbrandübung erwähnt. Wir haben vor Corona immer wieder eine ganze Anzahl von Übungen gemacht. Wir werden jetzt wieder Übungen machen, und das Neue an den Übungen wird sein – jedenfalls wenn es nach meiner Vorstellung geht –, dass wir die Bevölkerung in die Übungen

einbeziehen, damit nicht nur die Einsatzkräfte üben, sondern damit wir auch mit der Bevölkerung üben und damit wir die Krisenresilienz in der Bevölkerung verankern und stärken. Das wollen wir in diesem Jahr miteinander angehen.

Das heißt, es geht darum, dass wir auch das kollektive Krisenbewusstsein schärfen. Es müssen sich jetzt nicht alle jeden Tag mit Krisenmanagement und Krisenvorsorge beschäftigen, aber dass wir das etwas stärker und breiter in das Bewusstsein rücken, ist, glaube ich, nicht nur wünschenswert, sondern notwendig. Es ist deswegen notwendig, weil viele Menschen seit vielen Jahrzehnten das ganz große Glück hatten, in friedlichen Zeiten aufzuwachsen und mit Kriegen und Katastrophen im Grunde genommen nichts zu tun zu haben. Deswegen ist es schmerzlich, aber es ist klar zu konstatieren: Hier hat sich etwas geändert. Diese Zeiten sind nicht mehr so, wie sie waren.

Eines hat die Coronapandemie eindrücklich gezeigt: Nur wenn wir alle – Staat, Verwaltung, Wirtschaft, Bürgerinnen und Bürger – gemeinsam an einem Strang ziehen, können wir Krisen – gerade solche von globalem Ausmaß – bewältigen. Das haben wir getan und haben diese Pandemie nun doch ganz gut in den Griff bekommen. Jetzt liegt es an uns, dass wir nicht nachlassen, dass wir unser Krisenbewusstsein und, damit einhergehend, auch eine Krisenakzeptanz mitnehmen. Das ist entscheidend, um effektive Krisenvorsorge und Krisenbewältigung in Zukunft noch besser machen zu können.

Damit komme ich zum Staat und zu der Verwaltung. Staat und Verwaltung müssen vorangehen, und zwar mit gutem Beispiel. Krisen sind immer auch ein Stresstest. Jede Krise ist ein Stresstest, auch für unser Staatswesen, für unsere Demokratie und für staatliches Handeln. Für mich ist es besonders wichtig, dass wir unsere Krisenvorsorge als ein essenzielles Schutzversprechen des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern verstehen. Gerade in Krisensituationen sind wir gefordert, den Menschen Orientierung, Sicherheit und Vertrauen zu geben. Daran müssen sich unsere Anstrengungen ausrichten. Für mich ist es auch völlig klar, dass wir Sicherheit für unsere Freiheit brauchen. Sicherheit ist eine Voraussetzung für ein freiheitliches Leben. Eine Gesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger nicht sicher sind, ist in Wahrheit keine freie Gesellschaft.

Wir müssen Krisen rechtzeitig erkennen. Je früher die Krise erkannt wird, umso weniger intensiv müssen die Krisenbekämpfungsmaßnahmen sein und umso besser ist es. Deshalb ist es im Krisenmanagement unsere alltägliche Aufgabe – insbesondere natürlich im Innenministerium –, die Lage in Baden-Württemberg, Deutschland und der Welt zu beobachten, und zwar indem wir, die Entwicklung potenzieller Krisen auf dem Schirm haben, die Auswirkungen auf unser Land, auf Baden-Württemberg, haben könnten. Sich abzeichnende Szenarien werden gemeinsam mit den fachlich hauptsächlich betroffenen Ressorts analysiert. Die jeweils zuständigen Stellen werden frühzeitig informiert, damit diese gegebenenfalls präventiv gegensteuern können. So beobachteten und analysierten wir beispielsweise die Ausbreitung des Coronavi-

rus im Kontext der globalen Lage schon lange bevor das Virus in Europa angekommen war.

Eine gut aufgebaute und etablierte Krisenvorsorgestruktur bildet das Rückgrat eines funktionierenden Krisenmanagements. Diese Strukturen müssen so angelegt sein, dass sie bei allen denkbaren Krisenszenarien greifen. Auf Landesebene haben wir bereits seit 2016 eine enge Vernetzung der für das Krisenmanagement in den Ressorts Verantwortlichen unter Leitung meines Hauses etabliert. Unsere Verwaltungsstrukturen haben sich in Krisenzeiten bewährt. Eine wichtige Rolle spielen unsere Regierungspräsidien mit ihren Bündelungs- und Schnittstellenfunktionen sowie unsere Kommunen, die im Rahmen ihrer Zuständigkeiten ebenfalls in allen Bereichen des Krisenmanagements mitwirken.

Die Krisenvorsorge und die Krisenbewältigung obliegen allen staatlichen und kommunalen Akteuren, je nach deren jeweiliger fachlicher Betroffenheit von einem Krisenereignis. Gerade in krisenhaften Situationen ist es von entscheidender Bedeutung, dass diejenigen, die Entscheidungen treffen, diejenigen sind, die auch im Regelbetrieb mit den entsprechenden Aufgaben betraut sind; denn hier ist das fachliche Know-how angesiedelt. Auf das fachliche Know-how kommt es natürlich auch bei der Krisenbekämpfung entscheidend an.

Wichtig ist, dass die jeweiligen fachlichen Entscheidungen und Maßnahmen aufeinander abgestimmt und widerspruchsfrei sind. Dafür braucht es Instrumente der Koordinierung, wie etwa den interministeriellen Verwaltungsstab – angesiedelt im Innenministerium –, den wir bei entsprechenden Lagen aufrufen und der in entsprechenden Lagen auch permanent seine Arbeit macht. Das ist die entscheidende Bündelungsstelle innerhalb der Landesregierung.

Um die Handlungsabläufe der Stabsarbeit auch in der Praxis zu etablieren, sind regelmäßige Übungen auf allen Ebenen unerlässlich. Ich will es an dieser Stelle noch einmal klar markieren, weil das in der Vergangenheit belächelt und infrage gestellt worden ist. Die Maxime ist ganz klar: üben, üben, üben, und zwar alle miteinander. Wir werden in Zukunft auch mit der Bundeswehr wieder verstärkt üben. Die Kritik kann man gern immer auf meinem Buckel abladen. Aber die Erkenntnisse, die wir beispielsweise aus der größten Antiterrorübung, die es jemals in der Bundesrepublik Deutschland gab, mit mehreren tausend Einsatzkräften in Stetten am kalten Markt gezogen haben – seither weiß ich im Übrigen, warum es „Stetten am kalten Markt“ heißt; diejenigen, die dabei gewesen sind, erinnern sich an die Temperaturen und ebenso das Wetter –, sind wirklich außerordentlich hilfreich und bedeutend. Deswegen werde ich alles dafür tun, dass wir nicht nachlassen. Üben, üben, üben!

Es ist gut, dass in den Stadt- und Landkreisen regelmäßig Katastrophenschutzübungen durchgeführt werden und dass das Land Baden-Württemberg selbstverständlich an den LÜKEX-Übungen teilnimmt und damit länderübergreifend Krisenszenarien übt. Auch das ist richtig. Viel Spott habe ich auch ertragen müssen, als wir 2018 un-

ter maßgeblicher Beteiligung Baden-Württembergs eine LÜKEX-Übung zu einer Gasmangellage durchgeführt haben und ich persönlich gesagt habe: Auf die Gasmangellage setzen wir in Baden-Württemberg noch einmal einen harten Cyberangriff eines feindlichen Staates obendrauf. Manche haben, glaube ich, wirklich an meinem Verstand gezweifelt. Das ist aber exakt die Lage, die wir seit einigen Monaten haben. Gut, dass wir es schon einmal geübt haben.

Zu der Krisenvorsorge gehört es dann aber auch, Staat und Verwaltung entsprechend zu ertüchtigen. Unserem Schutzversprechen können wir nur gerecht werden, wenn wir sowohl in der technischen wie auch in der personellen Ausstattung Schwerpunkte setzen, um unsere Aufgaben in der Krisenvorsorge, aber gerade auch in Krisenzeiten bestmöglich erfüllen zu können. Die Erfahrungen aus der Coronapandemie haben uns dabei deutlich vor Augen geführt, dass die Personalausstattung unserer behördlichen Regelorganisation in erster Linie für die Bewältigung der alltäglichen Aufgaben ausgelegt ist. Aus meiner Sicht ist eine stärkere Fokussierung auf mögliche Krisensituationen und deren besondere Anforderungen erforderlich, gerade hinsichtlich lang anhaltender und multipler Krisenlagen.

Das Thema Krisenmanagement muss elementarer Teil der Ausbildung unserer Nachwuchskräfte werden. Das gilt für Staat und Wirtschaft im Übrigen gleichermaßen.

Der Krieg in der Ukraine rückt in den Fokus, wie wichtig weitere technische Maßnahmen sind, um die Staats- und Regierungsfunktionen aufrechtzuerhalten. Kriege, meine sehr verehrten Damen und Herren, werden nicht länger nur zu Boden, zu Wasser oder in der Luft geführt. Leider gibt es überhaupt Kriege, und diese klassische Kriegsführung gibt es natürlich weiterhin. Aber das verlagert sich zunehmend in den Cyberbereich. Wir haben hybride Kriegsführung, digitale Kriegsführung. Darauf müssen wir vorbereitet sein.

In Baden-Württemberg machen wir das auch. Die Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg hilft dabei, staatliche Systeme zu schützen, Angriffe zu identifizieren und diese effektiv zu bekämpfen. Auch wenn es viel Kritik an der Cybersicherheitsagentur gibt, die im Übrigen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort nicht besonders motivierend wirkt, werden wir das weiterhin so machen. Es ist richtig, dass wir diese Cybersicherheitsagentur in Baden-Württemberg eingerichtet haben und dass wir den Kontakt mit anderen Ländern und mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik haben. Dass wir uns über die Cybersicherheitsagentur auch stark in den internationalen Bereich vernetzen, ist richtig. Deswegen kann ich manche Kritik an der Cybersicherheitsagentur – das will ich hier in aller Deutlichkeit sagen – auch nicht nachvollziehen. Sie ist nicht gerechtfertigt. Sie wird der engagierten Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort in keiner Weise gerecht.

Zur Krisenvorsorge zählt neben geeigneten Redundanzkommunikationsmitteln wie beispielsweise Satellitentelefone auch die Ausstattung von weiteren Landesbehörden

mit Netzersatzanlagen, um auch bei einem länger andauernden Stromausfall weiterhin handlungs- und entscheidungsfähig zu bleiben. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang auch das digitale Krisenmanagement, wie ich es vor Kurzem in Gestalt unserer bundesweit vorbildlichen elektronischen Lagedarstellung für den Bevölkerungsschutz der Öffentlichkeit vorgestellt habe. Hier haben wir durch die Digitalisierung Möglichkeiten, die wir nutzen sollten. Gut, dass wir das jetzt auch tun können.

Zusammengefasst: Um für kommende Krisen bestmöglich aufgestellt zu sein, müssen wir die Themen Köpfe, Ausbildung und Ausstattung noch stärker als bisher in den Fokus nehmen.

Lassen Sie mich noch auf einen Bereich zu sprechen kommen, dem die Krisenbewältigung sozusagen in der DNA liegt: unsere Feuerwehren, unsere Rettungsdienste, unser Katastrophenschutz und unsere Polizei. Sie bilden das Rückgrat für die innere Sicherheit, für die Sicherheit in unserem Land. Auch und gerade bei der Bewältigung der Coronapandemie hat sich gezeigt, dass sich unsere soliden Strukturen auch in Krisenzeiten bewähren. Feuerwehren, Rettungsdienste, Katastrophenschutz und Polizei arbeiten unermüdlich 24/7. Unsere Sicherheit ist auch in schweren Zeiten gewährleistet. Sie haben im Übrigen einen entscheidenden Beitrag zur Bekämpfung und zur Bewältigung der Coronapandemie geleistet.

Als Partner in unserer Blaulichtfamilie will ich auch das Technische Hilfswerk und die Bundeswehr ansprechen, auf die wir uns immer verlassen konnten und verlassen können. Das gilt ausdrücklich auch für die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Die Zusammenarbeit mit dem Landeskommmando hier in Baden-Württemberg, aber auch mit dem Bundesverteidigungsministerium ist in der Vergangenheit ohne Fehl und Tadel gewesen. Das will ich einfach auch einmal in dieser Klarheit sagen. Das war immer ausgezeichnet, und ich habe nicht einen einzigen Punkt, über den ich mich beschweren könnte. Auf unsere Bundeswehr, auf die Soldatinnen und die Soldaten ist Verlass, und darauf lasse ich auch nichts kommen. Um es noch einmal zugespitzter zu sagen: Manche Lagen in den vergangenen Jahren hätten wir ohne die Bundeswehr so nicht bewältigen können. Danke im Übrigen dafür.

(Vereinzelt Beifall)

Deutlich hervorheben will ich, dass diese wichtige Arbeit zu großen Teilen nicht denkbar wäre, wenn es nicht die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer geben würde, die sich aufopferungsvoll und neben ihren normalen Berufen in den Dienst des Schützens, des Rettens und des Bergens stellen.

Unser besonderes Augenmerk liegt dabei immer darauf, den Einsatz von ehrenamtlichen Kräften auf das notwendige Maß zu beschränken, um den besonderen Herausforderungen des ehrenamtlichen Dienstes gerecht zu werden. Das Ehrenamt ist ein besonderes Merkmal von Baden-Württemberg, und es macht uns besonders gut und besonders stark. Wenn mich in den letzten Wochen eines besonders gefreut hat,

dann ist es die Tatsache, dass es eine aktuelle Untersuchung von Ende vergangenen Jahres gibt, wonach Baden-Württemberg Ehrenamtsland Nummer 1 in Deutschland ist. Nirgendwo organisieren sich so viele Menschen im Ehrenamt wie in Baden-Württemberg, und zwar fast die Hälfte der Bevölkerung, viele davon im Bevölkerungsschutz. In Baden-Württemberg sind allein mehr als 100 000 Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner ehrenamtlich tätig. Das ist ein echtes Asset, das wir haben und das wir pfleglich behandeln sollten.

Nicht nur, aber insbesondere diese Ehrenamtlichen haben Respekt und Dankbarkeit verdient – nicht Spott und Verachtung und schon gar nicht Gewalt. Deswegen: Wer Einsatzkräfte angreift – darüber sollte sich diese Gesellschaft verständigen –, ist ein primitiver Straftäter, und diese Straftaten verachten wir gemeinsam.

(Beifall)

Das ist ein entscheidender Punkt. Das kann nicht nur eine Aufgabe der Polizistinnen und Polizisten sein.

Ich bin mir nicht sicher, ob wir diesen gesellschaftlichen Konsens tatsächlich haben, denn man greift keine Einsatzkräfte an – an Silvester nicht und auch in Lützerath nicht. Wenn wir Krisen in der Zukunft erfolgreich bewältigen wollen, sind wir auf diese Menschen, die für uns in die Einsätze gehen, die ihre Gesundheit riskieren und die im Zweifel ihr Leben zum Einsatz bringen, angewiesen. Deswegen sollten wir sie anständig behandeln. Das muss eine Gesellschaft aber von innen heraus – von innen heraus! – machen. Manchmal wundere ich mich auch über die eine oder andere Debatte, die im politischen Raum geführt wird. Manchmal ist es gar nicht absichtsvoll, was zerdeppert wird, aber fahrlässig ist es allenthalben.

Die Coronapandemie und der Krieg in der Ukraine haben uns deutlich vor Augen geführt, wie zentral beispielsweise funktionierende Lieferketten für die Wirtschaft und damit für unser Gemeinwesen sind. Bei der Frage, wie wir die Gesellschaft resilient und krisenfest aufstellen, kommt natürlich auch der Wirtschaft eine entscheidende Rolle zu. Krisenvorsorge ist auch Aufgabe der Wirtschaft. Gerade deshalb müssen wir die Krisenvorsorge in der Wirtschaft weiter etablieren und ein Krisenbewusstsein dort schaffen, wo es noch nicht vorhanden ist. Als Staat ist es unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen und entsprechend zu sensibilisieren, damit beispielsweise Lieferketten auch in der Krise stabil funktionieren und Produktionsstandorte gefestigt sind.

Besonders in den Blick zu nehmen sind dabei freilich die sogenannten kritischen Infrastrukturen, die KRITIS, also all jene Einrichtungen und Unternehmen, ohne die unser gesellschaftliches Leben zum Erliegen käme. Besonders relevante Produktions- und Versorgungsprozesse müssen so resilient aufgestellt werden, dass Störungen und Vorfälle sowohl im Cyberraum als auch in der realen Welt möglichst wenig Einfluss auf diese haben. Aktuelle gesetzliche Regelungen auf EU-Ebene und das auf

Bundesebene angestrebte KRITIS-Dachgesetz sind daher aus meiner Sicht richtige und wichtige Schritte.

Aufgrund der großen Bandbreite von KRITIS fallen die Zuständigkeiten auf staatlicher Seite in verschiedene Ressorts. Daher wurden sowohl beim Bund als auch bei den Ländern bereits vor einigen Jahren Koordinierungsstellen Kritische Infrastruktur – KoSt KRITIS, wie wir sagen – eingerichtet. Sie dienen der Koordination von Aktivitäten zum Schutz von KRITIS und als Plattform zum Informationsaustausch.

Die Erfahrungen der vergangenen Krisen haben deutlich gezeigt, dass je nach Lage ganz unterschiedliche Güter zur Mangelressource werden können, was eine staatliche Vorratshaltung für alle Eventualitäten nahezu unmöglich macht. Sicher wird es nicht die Blaupause geben, um Versorgungsengpässen vorzubeugen. Entscheidend ist aber, dass wir dieses Thema gerade auch mit den Vertretern der Wirtschaft intensiv beleuchten, auch unter dem Aspekt, dass wir uns in Deutschland bei wichtigen Produktionszweigen von Zulieferungen aus anderen Staaten unabhängiger machen sollten. Hierbei gilt es, den Produktionsstandort Baden-Württemberg weiter zu stärken, attraktiver zu machen und attraktiv zu halten. Wir müssen deutlicher in den Blick nehmen, dass wir in einer globalisierten Welt auf der einen Seite von internationalen Handelsbeziehungen profitieren, andererseits aber auch von ihrem Funktionieren abhängig sind.

Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, komme ich auf das eingangs angesprochene Schutzversprechen des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern zurück. Um dieses Schutzversprechen einlösen zu können, ist der Staat in der Pflicht, seine Sicherheitsarchitektur stetig weiter auszubauen und an die veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Um Ihnen ein konkretes Beispiel zu nennen: Daher haben wir mit unserer Rahmenempfehlung für die Planung und den Betrieb von Notfalltreffpunkten die Grundlagen für die Errichtung dieser Notfalltreffpunkte in den Städten und Gemeinden bereitgestellt. In den Notfalltreffpunkten können betroffene Bürgerinnen und Bürger Schutz finden. Sie können dort erste Hilfe und nützliche Informationen zur aktuellen Lage erhalten oder einen Notruf absetzen. Auch können die Menschen dort mit dem dringend Nötigsten, etwa mit Wasser und mit Lebensmitteln, versorgt werden.

Ich bedanke mich bei allen Städten und Gemeinden, die jetzt die Notfalltreffpunkte einrichten und diesbezüglich in den vergangenen Wochen bereits aktiv geworden sind. Ich habe dieser Tage darum gebeten, dass wir einmal versuchen, über die kommunalen Landesverbände eine Abfrage durchzuführen, wie stark das angenommen worden ist. Ich will mich einmal sehr vorsichtig einlassen. Ich füge ausdrücklich hinzu, dass das nicht belastbar ist, aber jedenfalls hat mindestens die Hälfte der Kommunen dieses Angebot angenommen, entsprechende Notfalltreffpunkte einzurichten. Das ist ja schon einmal nicht ganz schlecht. Wie gesagt, ich hoffe, dass wir in den nächsten Tagen und Wochen belastbare Zahlen von den Kommunen erhalten.

Das Ziel ist im Übrigen, dass möglicherweise allein schon durch die Abfrage weitere Kommunen motiviert werden, das dann auch zu machen.

Zentral ist für mich auch die Einführung einer einheitlichen und vernetzten Technik in den Integrierten Leitstellen von Feuerwehr und Rettungsdiensten, in den sogenannten ILS, sowie von landesweit einheitlichen Qualitätsstandards. Damit wollen wir die aktuell sehr heterogene Leitstellenlandschaft auf eine neue Qualitätsstufe heben und damit den Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg insgesamt stärken. Meine sehr verehrten Damen und Herren, damit werden wir uns alle in den nächsten Monaten und Jahren noch sehr intensiv beschäftigen.

Damit komme ich zum Thema Schutzräume. Der Krieg in der Ukraine und die damit verbundene Bedrohungslage machen zudem eine Neubewertung des Zivilschutzes erforderlich. Zur Vorsorge gehört es daher auch, sich über Schutzräume Gedanken zu machen. Das müssen nicht zwingend Bunker sein. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht jeder, der sich über ein solches Thema Gedanken macht, möchte neue Bunker bauen. Was ich da alles habe lesen müssen, das zieht einem wirklich die Schuhe aus. Aber dass wir uns einmal Gedanken darüber machen, wo die Menschen in bestimmten Lagen hingehen können, und dass wir uns ein Bild davon machen, was vorhanden ist, kann ja nicht verwerflich sein.

Deswegen habe ich mir erlaubt, diese Anregung in die Innenministerkonferenz hineinzugeben. Das haben die übrigen 15 Kolleginnen und Kollegen sowie die Bundesinnenministerin im Übrigen auch so gesehen. Deswegen haben sie sich dieser Forderung angeschlossen und den Bund aufgefordert, diese Lücke zu schließen. Jetzt schauen wir einmal in einem ersten Schritt, welche Schutzräume noch vorhanden sind. In einem zweiten Schritt schauen wir dann: Können wir die vorhandenen Schutzräume möglicherweise mit vertretbarem Aufwand – sicherlich nicht alle, aber möglicherweise gibt es welche – ertüchtigen? Ich bin froh, dass das inzwischen läuft. Die erste Stufe, also die Erhebung, welche Schutzräume es gibt, ist bereits abgeschlossen. Hinsichtlich der zweiten Stufe, dass man sich einmal anschaut, was man noch machen müsste, um dort Menschen unterbringen zu können, erwarten wir in wenigen Wochen die entsprechenden Ergebnisse. Das ist notwendig und richtig.

Noch einmal zur Klarstellung, damit da nicht gleich wieder Pressemitteilungen geschrieben werden: Ich will keine neuen Bunker bauen. Aber anschauen darf man die, die es gibt, dann vielleicht schon.

Wir brauchen zu Zivilschutzzwecken im Übrigen auch eine bundesweite Sireneninfrastruktur. Wir brauchen natürlich nicht nur Sirenen, sondern wir brauchen einen Warnmix. Aber die klassische Sirene gehört jedenfalls nach meiner Auffassung dazu. Hier wird im Übrigen weiterhin zu zögerlich gehandelt. Es wäre fahrlässig und würde das Vertrauen in den Staat gefährden, wenn wir die Sorgen der Bevölkerung nicht ernst nehmen würden. Allein bei den Sirenen stehen wir vor der Situation, dass die Mittel, die der Bund zur Verfügung gestellt hat, allein in Baden-Württemberg dreifach

überzeichnet sind. Ich habe mich über die Ankündigung der Bundesinnenministerin gefreut, dass der Bund 1 Milliarde € für den Bevölkerungsschutz in den Haushalt einstellen möchte. In den Haushaltsplanungen habe ich es so nicht wiedergefunden, aber ich bleibe einfach einmal zuversichtlich und optimistisch, dass der Bund in zureichende Art und Weise – bisher ist es unzureichend – Mittel zur Verfügung stellen wird.

Ich bin dem Landtag von Baden-Württemberg im Übrigen dankbar, dass wir die Katastrophenschutzmittel schon im vergangenen Jahr 2022 erhöhen konnten und dass auch im Doppelhaushalt 2023/2024 eine wirklich signifikante Erhöhung der Mittel in diesem Bereich erfolgt ist.

Wir brauchen eine transparente Risikokommunikation und müssen den Menschen offen und ehrlich sagen, dass es trotz aller Anstrengungen eine absolute Sicherheit der Bevölkerung selbstverständlich nicht geben kann. Aber die Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch darauf, dass wir uns bestmöglich mit ihnen gemeinsam auf die Situationen vorbereiten.

Wichtig ist mir noch das Thema „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Aufgabe des Staates ist es, den Menschen konkrete Hinweise zu geben, wie sie sich auf Krisen bestmöglich vorbereiten und ihre Handlungssicherheit erhöhen können. Wir müssen beispielsweise frühzeitig damit beginnen, mit Kindern und Jugendlichen zu üben, wie man sich in Katastrophenfällen verhält. Das Innenministerium und das Kultusministerium haben deshalb ein Konzept zur Implementierung des Themas Katastrophenschutz an Schulen erarbeitet. Dafür bin ich außerordentlich dankbar. Ich halte es für ausgesprochen wichtig, dass wir das machen. Auf diese Weise lernen die Schülerinnen und Schüler nicht nur die Strukturen des baden-württembergischen Bevölkerungsschutzes kennen, sondern sie erfahren vor allem frühzeitig, wie sie sich selbst auf den Ernstfall vorbereiten können.

Ich habe gerade über die Sirenen gesprochen. Die Sirenen bringen allerdings nicht viel, wenn die Menschen die Sirensignale nicht verstehen. Wenn die Kinder und Jugendlichen das jedoch in der Schule lernen, dann habe ich eine gewisse Hoffnung, dass sie das stolz ihren Eltern und Großeltern erzählen und dass dann die Eltern über die Kinder lernen, welche Bedeutung die Sirensignale im Einzelnen haben, um das einmal an einem plastischen Beispiel festzumachen.

Ein weiterer Baustein zur Steigerung der Krisenresilienz der Gesellschaft ist die Einbindung der Bevölkerung in Übungen. Darüber habe ich bereits gesprochen. Deswegen sind beispielsweise bundesweite Warntage und dergleichen mehr wirklich wichtig.

Um den Blick auf die Bevölkerung in diesem Kontext abzuschließen, möchte ich noch einmal auf den für mich essenziellen Kerngedanken der Krisenvorsorge eingehen. Krisen werden wir nur miteinander überwinden können. Deswegen ist auch das

Ehrenamt so außerordentlich wichtig, und wir sollten alles dafür tun, dass wir es stärken.

Vielleicht noch ein Wort zum Datenschutz. Der Schutz der persönlichen Daten eines jeden ist ein sehr hohes Gut. Aus meiner Sicht darf dieser Schutz jedoch nicht über allem anderen stehen. Der Datenschutz wurde gemacht, um die Menschen in ihren Persönlichkeitsrechten zu schützen. Das ist in Ordnung. Wenn es aber darum geht, Leib und Leben der Menschen bzw. die gesamte Bevölkerung zu schützen, dann muss dies eben auch möglich sein und darf nicht durch den Datenschutz ausgebremst werden.

Entgegen vielfachen Diskussionen bin ich der Auffassung, dass der Föderalismus ein Garant für eine erfolgreiche Krisenbewältigung ist. Das lässt sich auch aus den Erfahrungen mit der Pandemie feststellen.

Bei aller in der Coronapandemie geäußerten Kritik am Krisenmanagement, bei allen in Krisen üblichen Unmutsäußerungen, aber auch bei all dem, was diskutiert wurde, ist es aus meiner Sicht im Ergebnis klar: Das Krisenmanagement hat im Föderalismus funktioniert und wird auch weiterhin funktionieren. Wir haben beispielsweise das Kleeblattkonzept entwickelt. Das bedeutet, die Länder unterstützen sich in derartigen Krisen gegenseitig. Das Kleeblattkonzept ist im Übrigen ganz maßgeblich eine Erfindung aus Baden-Württemberg. Es zeigt, dass es im Föderalismus funktionieren kann. Die allfälligen Reflexe, die ich seit vielen Jahren und Jahrzehnten kenne, dass man immer dann, wenn eine Problemlage eintritt, nach der Bundeskompetenz ruft, sind nicht besonders hilfreich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Denken Sie einmal allein an die Feuerwehr mit mehr als 100 000 ehrenamtlichen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern, die im Übrigen kommunal verortet sind. Die Feuerwehr ist keine Landeseinrichtung, sondern eine kommunale Einrichtung. Und dann führen hoch kompetente Leute immer wieder Debatten darüber, das in die Hand des Bundes zu geben. Als jemand, der lange in der Bundespolitik tätig gewesen ist, kann ich Ihnen sagen: Nichts, aber auch gar nichts würde am Ende des Tages dadurch besser werden.

Es ist auch richtig, dass die Länder das unterschiedlich machen. Wenn wir unterschiedliche Lagen in den unterschiedlichen Ländern haben, dann müssen die unterschiedlichen Lagen auch unterschiedliche Antworten erhalten. Das ist ja gerade das, was den Föderalismus ausmacht.

Was wir natürlich gewährleisten müssen, ist ein schneller, verlässlicher Austausch von Daten und Lageinformationen. Ich freue mich darüber, dass es gelungen ist – ich war in dieser Zeit gerade Vorsitzender der Innenministerkonferenz –, das Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz von Bund und Ländern, das GeKoB, zu schaffen und ins Werk zu setzen, wo Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus den Ländern und vom Bund gemeinsam die Lagen beobachten und gemeinsam tätig

werden können. Das ist gelebter Föderalismus. Das ist genau die richtige Antwort, und so sollten wir es in Zukunft auch machen.

Die globale Sicherheitslage hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Auch das müssen wir den Blick nehmen. Als überzeugter Europäer bin ich klar der Auffassung, dass wir angesichts dieser Krisen auch eine stärkere europäische Vernetzung im Krisenmanagement brauchen. Gerade deshalb ist ein weiterer wichtiger Baustein der Krisenvorsorge die Verbesserung des Austauschs und der Abstimmung von Maßnahmen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten; denn schon innerhalb Europas hat uns die Pandemie unsere Grenzen – in der Doppeldeutigkeit des Begriff „Grenzen aufzeigen“ – vor Augen geführt.

An einer großen EU-weiten Waldbrandübung in Griechenland hat eine niedrige zweistellige Anzahl von deutschen Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern teilgenommen. Allerdings sind sie alle aus Baden-Württemberg gekommen. Offensichtlich ist diese internationale Vernetzung in den anderen Ländern nicht so bedeutend. Für uns in Baden-Württemberg ist sie bedeutend, und wir werden das noch stärker als in der Vergangenheit in den Blick nehmen. Mir ist ein Europa ohne Grenzen in diesem Zusammenhang außerordentlich wichtig.

Ich will an dieser Stelle auch noch betonen, dass Normen und Standards nicht nur eine ökonomische, sondern auch eine sicherheitspolitische Dimension haben. Die Harmonisierung und Vereinheitlichung von Normen und Standards auch im europäischen bzw. internationalen Bereich ist ebenfalls eine Maßnahme zur Krisenvorsorge. Wir unterstützen daher auch die neue Normungsstrategie der Europäischen Kommission durch aktive Mitwirkung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen gerade in diesen stürmischen Zeiten nicht vergessen, dass Krisenfrüherkennung und Krisenvorsorge dort an ihre Grenzen stößt, wo vorsätzlich allgemeingültige Maßstäbe und Werte unserer freien Welt mit Füßen getreten werden. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine macht deutlich, wie wichtig es ist, dass wir wehrhaft sind – in Baden-Württemberg, in der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und in den NATO-Mitgliedsstaaten. Unsere Verteidigung hängt von jeder Soldatin und jedem Soldaten ab. Deswegen gebührt unseren Soldatinnen und Soldaten Respekt, Anerkennung und Dank. Die Bundeswehr muss die Anerkennung bekommen, die sie verdient. Diese Wertschätzung ist außerordentlich wichtig, und ich registriere mit Freude, dass sich das in den letzten Monaten glücklicherweise zum Positiven entwickelt.

Zusammenfassend möchte ich Ihnen sagen: Wir sind in Baden-Württemberg gut aufgestellt, aber wir wissen: Nichts ist so gut, als dass es nicht jeden Tag noch ein bisschen besser gemacht werden könnte. Und genau das ist unser Anspruch: es jeden Tag noch einmal besser zu machen. Gerade deshalb, meine sehr verehrten Damen und Herren, denke ich auch, dass Ihre Arbeit, die Sie in der Enquetekommission machen, so wichtig ist. Es wäre nicht richtig, das in den vergangenen Jahren

Erlebte nicht aufzuarbeiten und daraus nicht die entsprechenden Schlüsse zu ziehen und Verbesserungsprozesse einzuleiten. Nur so stellen wir sicher, dass wir auch in Zukunft gut aufgestellt sind.

Deswegen möchte ich mich bei Ihnen für Ihre Arbeit bedanken, die ausgesprochen wichtig ist und die in meinen Augen einen wertvollen Beitrag dazu leisten kann, der Herausforderung, der wir uns jeden Tag stellen, noch besser gerecht zu werden, nämlich: Wie sieht die Sicherheitsarchitektur in Baden-Württemberg aus, und wie passen wir sie ständig den neuen Herausforderungen an?

Wir haben im Koalitionsvertrag ein gut funktionierendes Krisenmanagement als zentralen Baustein für die Sicherheit unseres Landes beschrieben. Dazu sollen die bestehenden Strukturen weiter optimiert, ausgebaut und das ressortübergreifende Krisenmanagement des Landes für zukünftige Herausforderungen bestmöglich aufgestellt werden. Hierzu sind auch zukünftig weitere Anstrengungen erforderlich, um die Landesverwaltung sowohl organisatorisch als auch technisch und personell bestmöglich auf Krisenbewältigung einzustellen. Ein wirkungsvolles Krisenmanagement muss als ganzheitliches System verstanden werden, in dem alle relevanten Akteure – Staat, Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung – gefordert sind und vor allem zusammenwirken müssen.

Wie ich bereits eingangs sagte, müssen wir das kollektive Krisenbewusstsein weiter stärken und die Eigenverantwortung fördern. Risikominimierung muss in der Bevölkerung, in der Wirtschaft und in der Politik als Instrument zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen, zur Arbeitsplatzsicherung, zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft und zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts begriffen werden.

Wir müssen uns immer vergegenwärtigen, dass eine Krise immer auch unsere Grundwerte prüft. Unsere Aufgabe ist es daher, durch ein zielgerichtetes Krisenmanagement das Vertrauen der Menschen in den Staat, in unsere Demokratie zu erhalten. Unsere Aufgabe ist es freilich auch – das sage ich hier mit großer Klarheit –, unsere Demokratie und die sie tragenden Institutionen vor Feinden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu schützen und Angriffe entsprechend abzuwehren.

Herzlichen Dank.

(Beifall)

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank, Herr Minister Strobl. Ihre wertschätzenden Worte nehmen wir gern auf und hoffen darauf, dass die Unterstützung bei unseren Handlungsempfehlungen dann ebenfalls groß sein wird. Das ist nämlich letztlich das Entscheidende für unsere Arbeit.

Wir treten nun in eine erste Fragerunde der Fraktionen ein. – Ich sehe Frau Abg. Andrea Schwarz für die Fraktion GRÜNE. Die weiteren Meldungen nehme ich auf. – Bitte, Frau Abg. Schwarz.

Abg. Andrea Schwarz GRÜNE: Vielen Dank, Herr Minister Strobl, für Ihre Ausführungen. Sie haben zu Recht betont, dass man Krisen möglichst im Vorfeld identifizieren sollte. Dafür gibt es das Referat Krisenmanagement. Wie funktioniert denn die Beobachtung? Das heißt, welche Daten werden dort verwendet? Mit welchen Behördeneinrichtungen wird kooperiert? Wird mit anderen Ländern oder nur auf der Bundesebene bzw. EU-Ebene kooperiert? Wird auch wissenschaftliche Expertise einbezogen? Wer entscheidet nach welchen Kriterien, ob es sich tatsächlich um eine krisengeneigte Situation handelt? Werden für das Monitoring Echtzeitdaten oder KI-basierte Technologien eingesetzt, oder ist das auf absehbare Zeit geplant?

Zum Thema Krisenmanagement habe ich noch einen zweiten Fragenblock. Herr Minister, Sie haben zu Recht gesagt, man lese immer wieder von Landkreisen, die Übungen durchführen. In diesem Zusammenhang interessiert mich, wie die Vernetzung des Referats Krisenmanagement mit den unteren Naturschutzbehörden neben den regelmäßigen Besprechungen insgesamt erfolgt. Gibt es da feste Strukturen, oder kommt der Impuls mehr vonseiten der Landkreise? Wie könnte man dort diejenigen einbinden, die das Thema Bevölkerungsschutz noch nicht auf dem Schirm haben?

Sie haben das Thema „Hilfe zur Selbsthilfe“ angesprochen und in diesem Zusammenhang gesagt, dass wir die Kinder und Jugendlichen in den Schulen für Krisensituationen sensibilisieren sollten. Ist angedacht, wie man auch Erwachsene näher in Richtung Selbsthilfefähigkeit bringen kann, beispielsweise mit Volkshochschulkursen oder mit Kampagnen? Ich fahre häufiger Schichten im Rettungsdienst mit und muss dabei feststellen, dass die Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung doch noch sehr viel Luft nach oben hat. Wie könnte man diesbezüglich agieren? Gibt es Pläne bzw. Vorstellungen, wie man das verbessern könnte?

Weiterhin haben Sie die heterogenen Leitstellenstrukturen im Land Baden-Württemberg angesprochen. Gibt es im Katastrophenfall Redundanzen? Haben wir das schon, oder wird das praktisch erst mit der Einführung des Leitstellengesetzes implementiert? Müsste man das nicht ganz schnell angehen, indem man das Leitstellengesetz verabschiedet und eine Softwarevernetzung einführt, damit im Bedarfsfall die eine Leitstelle für die andere einspringen kann? Oder: Gibt es schon eine Redundanz, wenn eine Leitstelle aufgrund einer Katastrophe praktisch überfordert ist?

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Herr Minister, vielen Dank für Ihren Vortrag, aber auch für die sehr ausführliche Beantwortung unserer Großen Anfrage zur Situation des Katastrophenschutzes in Baden-Württemberg. Dadurch sind viele Punkte klarer geworden.

Sie hatten zu Recht angesprochen, dass Übungen im Katastrophenschutz ausgesprochen wichtig sind. Gibt es auch computergestützte Simulationen zu bestimmten Krisenszenarien? Natürlich übt man praktisch. Aber nutzt man vielleicht zusätzlich auch sehr leistungsfähige Computer, um bestimmte Krisenszenarien durchzuspielen? Vielleicht wird das ohnehin bereits durchgeführt.

Dann hatten Sie die Sirenen angesprochen. Diesbezüglich teile ich uneingeschränkt Ihre Auffassung, dass man auf die Warnsignale aufmerksam machen sollte und dass auch die Kinder am besten schon lernen sollten, was die einzelnen Signale bedeuten. Bisher ist es kommunal geregelt. Das heißt, die Kommunen üben den Sirenenlauf individuell, manche wöchentlich, manche einmal im Monat. Anlässlich des Warntags wird es auf jeden Fall geübt. Wäre es aus Sicht des Innenministeriums sinnvoll, die Sirenen regelmäßig zu testen? In Österreich finden beispielsweise jeden Samstag um 12:00 Uhr Sirenenproben statt. Wenn die Bevölkerung die Sirenen regelmäßig hört, wird sie gewissermaßen sensibilisiert, sodass sie sich im Krisenfall nicht fragt, was dieser Lärm eigentlich bedeutet.

Sie hatten in der Antwort auf unsere Große Anfrage ausführlich zur Zusammenarbeit mit KRITIS-Unternehmen Stellung bezogen. Dazu habe ich folgende Fragen: Mit welchen Akteuren stehen Sie diesbezüglich im Austausch, und wie häufig findet ein solcher Austausch statt? Ist es irgendwie strukturiert bzw. organisiert, dass man sich regelmäßig mit den Telekommunikationsunternehmen, den Netzbetreibern usw. trifft und Themen durchspricht?

In der Antwort auf die Große Anfrage wurde auch das Virtual Operations Support Team erwähnt. Ich halte es in der Tat für sinnvoll, das Social-Media-Verhalten zu beobachten. Das ist im Katastrophenfall durchaus wichtig. Diesbezüglich würde mich Ihre Einschätzung interessieren, welche Erfahrungen bislang damit gemacht worden sind. Wenn ich richtig informiert bin, sind in diesem Virtual Operations Support Team 40 Ehrenamtliche tätig. Unterstützen diese das Innenministerium von zu Hause aus, oder wie funktioniert es?

Sie hatten auch die Notfallpläne angesprochen, u. a. auch den Musternotfallplan Stromausfall und einige andere Notfallpläne, die vom Ministerium landesseitig empfohlen werden. Im Zusammenhang mit dem ersten Handlungsfeld wurde bereits erwähnt, dass verschiedene Notfallpläne erstellt worden sind, die durchaus Sinn machen. Gibt es aus Ihrer Sicht noch weitere Pläne, die bislang noch nicht erstellt wurden, oder arbeitet Ihr Haus möglicherweise schon an weiteren Notfallplänen, die man den Kommunen zusätzlich noch landesweit empfehlen könnte? Sind eventuell auch Kommunen mit bestimmten Wünschen zu unterschiedlichsten Szenarien an Sie herangetreten? Dabei denke ich beispielsweise an Waldbrände oder ähnliche Ereignisse, für die sich ein Notfallplan empfiehlt.

In der Antwort auf die Frage unter II. 5. der Großen Anfrage wurde die Lagerhaltung angesprochen und in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass gelagerte

Materialien nach Überschreiten des Verfallsdatums entsorgt werden müssten. Im Rahmen der Behandlung des ersten Handlungsfelds haben wir beispielsweise erfahren, dass in Bezug auf die Medikamentenvorsorge ein rollierendes System eingeführt wird, dass man also versucht, die Vorräte aus dem Lager zu verwenden, bevor das Ablaufdatum erreicht ist, und das Lager regelmäßig entsprechend auffüllt. Ist das im Katastrophenschutz überhaupt möglich, oder handelt es sich bei den gelagerten Materialien um Gegenstände, die man im normalen Betrieb gar nicht verwenden kann? Wenn solch ein rollierendes System möglich wäre, könnte man diesbezüglich ja auch nachhaltig denken und Ressourcen sparen, wenn man die Materialien nicht entsorgen müsste.

Danke.

Dr. Daniela Harsch, externes Mitglied: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich möchte mit meinen Fragen zunächst grundsätzlicher werden. Sie haben die Worte „Katastrophe“ und „Krise“ nach meiner Wahrnehmung in Ihrem Redebeitrag fast synonym verwendet. Daher interessiert mich, welches Ihre ganz persönliche Abgrenzung zwischen Katastrophe und Krise ist. Daran schließt sich die Frage an, ob die Coronapandemie für Sie eine Krise oder eine Katastrophe war. Wenn Sie zu dem Schluss kommen, dass die Coronapandemie eine Katastrophe war, möchte ich Ihnen gern die Frage stellen, warum in Baden-Württemberg während der Coronapandemie dann nicht der Katastrophenfall ausgerufen wurde. Wenn Sie jetzt rückblickend auf diese Zeit schauen, wäre es dann Ihrer Meinung nach richtig gewesen, gerade im Hinblick auf die ersten Wochen, dann aber auch in Bezug auf die Impfzentren das Coronamanagement bei Ihnen im Haus anzusiedeln und das Ganze unter der Überschrift „Katastrophenfall“ zu behandeln?

In Bezug auf das Thema Feuerwehr interessiert mich, ob seitens des Innenministeriums flächendeckende Verfügbarkeitsanalysen begleitet werden. Dabei denke ich u. a. an die freiwilligen Feuerwehren vor allem im ländlichen Raum. Wie lautet diesbezüglich Ihre Einschätzung?

Damit leite ich zum Thema Berufsfeuerwehr über. Es wird immer schwieriger, vor allem die Stellen im mittleren Dienst zu besetzen. Das Landesparlament hat mittlerweile Anreize geschaffen, was die Höhergruppierung angeht. Allerdings führt dies gleichzeitig zu einer extremen Frustration im gehobenen Dienst. Ich weiß nicht, wie ich als Bürgermeisterin damit umgehen soll und wie es mir gelingen kann, diese Frustration ein wenig aufzufangen. Deswegen lautet meine Frage, ob Sie diesbezüglich eine Nachsteuerung planen.

Die Stadt Tübingen wird nicht die einzige Kommune gewesen sein, die die Feuerwehrkommandantenstelle in der Berufsfeuerwehr nicht gleich im ersten Anlauf besetzen konnte. Das ist etwas, was wir inzwischen flächendeckend erleben. Der Pool an Bewerbungen aus dem Land Baden-Württemberg nimmt zudem immer weiter ab. Mir lagen eigentlich nur Bewerbungen aus Nordrhein-Westfalen vor, wobei die ent-

sprechenden Bewerber allerdings Schwierigkeiten mit unserem System der Kooperation von Berufsfeuerwehr und Ehrenamtlichen hatten. Wie schätzen Sie das ein? Ist die Feuerwehr in der Breite des Landes tatsächlich so leistungsfähig, wie Sie es beschrieben haben, und zwar sowohl im Bereich der Berufsfeuerwehr als auch im ehrenamtlichen Bereich?

In Bezug auf das Thema Sicherheit haben Sie alle Blaulichtbereiche aufgezählt, nicht aber den Halbblaulichtbereich: die Ortpolizeibehörden. Hier gehen wir, die Kommunen, immer stärker in die Verantwortung, weil die Landespolizei eher in der Fläche präsent ist und in den Städten fehlt. Wie bewerten Sie die Rolle der Ortpolizeibehörden?

Zum Thema „Üben, üben, üben“: Wäre es nicht sinnvoll, die Ortpolizeibehörden stärker einzubeziehen, weil sie in einem Katastrophenfall sicherlich eine gewisse Rolle spielen und die Städte bzw. Kommunen vielleicht deutlich besser kennen?

Der letzte Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft das Thema Sirenen. Es ist ja schön, dass das Programm jetzt derart überzeichnet ist. Allerdings wurde ich vom Feuerwehrkommandanten der Stadt Tübingen dahin gehend beraten, die Sirenen, die derzeit nicht funktionieren, nicht einfach wieder zu ertüchtigen. Er hat gesagt, dass in der Zwischenzeit so viel gebaut worden sei, dass gar nicht sichergestellt werden könne, mit den Sirenen, wie sie ursprünglich platziert wurden, alle zu erreichen, sodass zunächst einmal analysiert werden müsste, welche Reichweiten diese Sirenen tatsächlich haben. Die alten Sirenen einfach zu ertüchtigen, könne daher auch Geldverschwendung sein. Das war die Beratung, die ich vor Ort von der Feuerwehr erhalten habe. Auch diesbezüglich würde mich Ihre Einschätzung interessieren.

Abg. Nico Weinmann FDP/DVP: Vielen Dank, Herr Minister, für Ihre Ausführungen, die ich in vielen Bereichen absolut teile und unterstütze. Gerade was das Thema Eigenschutz bzw. Eigenverantwortung angeht, denke ich, dass diesbezüglich doch noch einiges zu tun wäre. Dabei denke ich beispielsweise an die Brandschutz-erziehung, die jetzt auch sukzessive flächendeckend im Land ausgerollt wird. Ich glaube, da ist noch unglaublich viel zu tun, und zwar – die Kollegin Schwarz hat es zu Recht angesprochen – eben nicht nur hinsichtlich der Kinder, sondern auch der Erwachsenen, die letztendlich auch nicht unbedingt wissen – abgesehen davon, dass die Erste-Hilfe-Schulung im Zusammenhang mit der Führerscheinprüfung schon etwas länger her ist –, wie man damit umgeht. Diesbezüglich wäre sicherlich noch einiges zu tun. Insofern: Welche Maßnahmen plant das Innenministerium?

Im Zusammenhang mit den zahlreichen Übungen haben Sie gesagt, dass Sie die Bevölkerung einbinden möchten. Ich halte das für absolut richtig, befürchte aber, da dies ja auf freiwilliger Ebene stattfinden muss, dass wir hier die Falschen erreichen. Diejenigen, die sich ohnehin nicht darum kümmern, wird man auch bei solchen

Übungen nicht finden können. Insofern stellt sich die Frage, wie es uns gelingen kann, diese Menschen zu erreichen.

Sie hatten das Thema Wertschätzung in Bezug auf das Ehrenamt bei der Feuerwehr und bei den Rettungsdiensten angesprochen. Dies gilt aber natürlich auch für die Polizei. Ich nehme die Feuerwehr einmal als Beispiel. Gerade die kleineren Feuerwehren setzen vornehmlich auf die Ehrenamtlichkeit. Eine hauptamtliche Feuerwehr ist in Städten und Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern möglich und ab 150 000 Einwohnern verpflichtend. Nun verhält es sich allerdings so, dass gerade bei kleineren Feuerwehren hauptamtliche Strukturen fehlen – dies auch als Zeichen der Wertschätzung für die ehrenamtlich Tätigen –, was beispielsweise die Prüfung der Materialien oder auch das Aufrollen und das Testen der Schläuche angeht. Wäre es nicht sinnvoll, auch in kleineren Bereichen schon über die Hauptamtlichkeit nachzudenken, wohl wissend, dass dies Geld kostet. Allerdings wäre dies sehr gut investiertes Geld, weil die Ehrenamtlichkeit dadurch unterstützt würde.

Sie haben das Thema Warnmix angesprochen. Der bundesweite Warntag ist durchaus unterschiedlich erfolgreich ausgefallen. Wir hatten beispielsweise beim Thema „Cell Broadcast“ eine ausgesprochen positive Resonanz, haben aber auch gesehen, dass hinsichtlich der Sirenen durchaus noch Nachholbedarf besteht. Sie haben auf die Mittel des Bundes verwiesen. Aber ist es angesichts der Tatsache, dass die Sirenen eben nicht nur für den Kriegsfall, sondern auch für den Katastrophenschutz da sind, nicht auch eine Aufgabe des Landes?

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, betrifft das Thema „Baulicher Katastrophenschutz“. Es ist sicherlich nicht das vordringliche Thema, Bunker zu bauen, wobei ich eine Bestandsanalyse durchaus für sinnvoll halte. Allerdings stellt sich dann auch die Frage, was ich dann mit dem Ergebnis einer solchen Bestandsanalyse mache. Wenn ich das Thema jetzt einmal auf Heilbronn reduziere, dann wurde dort in den Achtziger- und Neunzigerjahren viel Geld u. a. in Atombunker investiert, die zwischenzeitlich nicht mehr einsatzfähig sind. Dabei denke ich beispielsweise an das Stadttheater, wo wir eine große Bunkeranlage haben. Ist eine Reaktivierung geplant, um zumindest die Anlagen, die noch halbwegs wiederherzustellen sind, zu ertüchtigen?

Damit komme ich zu einem Thema, das ein bisschen weitergeht, das mir allerdings sehr große Sorgen bereitet. Wie Sie eingangs erwähnt hatten, sind wir seit mehreren Jahren quasi in einem dauerhaften Krisenmodus. Das Wort „Krise“ erzeugt natürlich viel Angst. Ich habe heute Morgen in einem Artikel das Zitat von Friedrich Nietzsche gelesen: „Angst hat den Kopf voller Augen.“ Sprich: Es tritt eine gewisse Selbstlähmung ein, wenn wir uns fortwährend im Krisenmodus befinden und nur noch den Blick auf die Krise haben. Das heißt, es entsteht eine gewisse Angstkultur, die eher lähmt, als dass sie tatsächlich voranführt. Daher stellt sich die Frage, wie wir diese Angstkultur durchbrechen können und wieder etwas mehr Optimismus auch beim Blick in die Zukunft finden. Das ist ein Punkt, der sicherlich auch im Bildungsbereich

eine Rolle spielt, wenn man bedenkt, dass jedes dritte Kind an Depressionen bzw. an einer schlechten Psyche leidet, beispielsweise auch infolge der Schulschließungen und der fehlenden Möglichkeiten, in Vereinen Sport zu treiben. Daraus müssen wir auch entsprechende Lehren ziehen und sicherstellen, dass wir einerseits eine solche Situation vermeiden, auf der anderen Seite aber auch die Möglichkeit schaffen, diesen Kindern schnellstmöglich zu helfen.

Wenn es uns dort nicht gelingt, beispielsweise auch im Zusammenhang mit den rechtlichen Komponenten – dieses Thema hatten Sie nicht angesprochen –, was die jeweiligen Corona-Verordnungen angeht, diese Verordnungen entsprechend zu kommunizieren, zu transportieren und bei den Menschen für Verständnis für die jeweiligen Maßnahmen zu werben, dann ist das Wasser auf die Mühlen derjenigen, die wir dann an anderer Stelle – beispielsweise beim Thema „Delegitimierung des Staates“ – mühsam bekämpfen müssen. Auch diesbezüglich empfiehlt sich sicherlich eine Überprüfung dessen, was wir im Rahmen der letzten zwei Jahre erfahren haben.

Gestatten Sie mir noch einen Schlusssatz zum Thema Datenschutz. Sie haben es angesprochen: Überbordender Datenschutz ist tatsächlich verantwortlich für Digitalisierungsdefizite. Ganz deutlich ist dies im Gesundheitsbereich geworden. Auch hier müssen wir schauen, wie wir guten Datenschutz bei gleichzeitiger verantwortlicher Nutzung der Daten erreichen können. Ich meine, auch diesbezüglich ist durchaus Handlungsbedarf erkennbar.

Vielen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Vielen Dank, Herr Strobl, für den sehr interessanten Vortrag, vor allem, weil ich mit Ihrem Zuständigkeitsbereich ansonsten nicht so viel zu tun habe.

Ich möchte direkt auf das Thema Digitalisierung zu sprechen kommen. In der Tat spielt das Thema Datenschutz eine große Rolle. Natürlich sollte der Datenschutz nicht vor Leib und Leben gehen. Ich denke, da sind wir uns einig. Das haben Sie ja auch entsprechend gesagt. Nichtsdestotrotz kann man die Digitalisierung jetzt in Ruhe ohne großen Druck vorantreiben – ich meine, der Druck, der jetzt da ist, ist nun einmal da –, um den Datenschutz dann doch weitestgehend einhalten zu können. Wenn unter Druck – wie es während der Coronapandemie der Fall war, als z. B. eine Warn-App oder Ähnliches schnell programmiert wurde – etwas umgesetzt wird, dann ist es schwieriger, als wenn man sich jetzt in Ruhe Gedanken darüber machen kann, wie man es umsetzt.

Was ich sehr wichtig und richtig finde: Sie haben gesagt, dass Angriffe auf Ehrenämter, auch auf Polizisten, Einsatzkräfte im Krankenwagen usw., nicht zu akzeptieren sind. Ich denke, da sind wir uns ja alle einig. Es werden auch Busfahrer angegriffen. Die Menschen im öffentlichen Raum, die den Staat vertreten oder sonst wie hoheitlich tätig sind, sind dem zum Teil willkürlich ausgeliefert. Wie wollen Sie diese

Angriffe zukünftig verhindern? Ich kenne jemanden, dessen Bruder, etwa 50 Jahre alt, in der Silvesternacht in Berlin war, und der sagte, er habe noch nie eine solche Angst gehabt und es sei wie Krieg gewesen. Entsprechende Aussagen hat man auch in den Zeitungen nachlesen können. Wie kann man das zukünftig verhindern? Wie kann man das lösen? Viele der Angreifer waren Migranten. Wie kann man in der Integration – das fällt ja auch in Ihren Bereich – besser arbeiten? Wie kann man diejenigen, die ein dauerhaftes Bleiberecht haben, integrieren, um zu verhindern, dass so etwas noch einmal passiert? Ich glaube, darin, dass wir Fachkräfte brauchen, sind wir uns alle einig.

Sie haben das Thema Lieferketten angesprochen und gesagt, dass man diesbezüglich mit der Wirtschaft zusammenarbeiten müsse. Jeder hat mittlerweile eingesehen, dass wir wieder selbst Medikamente und auch medizinische Komponenten produzieren müssen, dass wir also unseren Mittelstand an dieser Stelle stärken müssen. Das Problem dürfte aber sein, dass dieses Bestreben in dem Moment, in dem die Sensibilität weg ist und der Kostendruck wieder da ist, wieder nachlässt. Meiner Meinung nach stellt ein Wechsel in Bezug auf die Produktion von Medikamenten ein logistisches Problem dar. Eventuell ließe sich zusammen mit der Pharmaindustrie eine Lösung finden. Wie stellen Sie sich das vor?

Dann haben Sie etwas zum Thema „Selbsthilfefähigkeit der Erwachsenen“ gesagt. Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang das Thema Eigenverantwortung? Der Staat übernimmt zum Teil immer mehr Verantwortung für die Bürger und nimmt ihnen dadurch die Eigenverantwortung weg. Wäre es nicht sinnvoll, den Bürgern wieder mehr Eigenverantwortung „zuzumuten“? Denn sie sind ja eigentlich für sich selbst verantwortlich und wollen freie Menschen sein. Dann passt es irgendwie nicht, wenn der Staat alles an sich zieht oder wenn man als Bürger vom Staat erwartet, dass er für ihn alles richtet.

Sie haben auch das Thema Schutzräume angesprochen. Wie viele Schutzräume gibt es, und für welche Schutzart gibt es solche Schutzräume? Ich gehe davon aus, dass es verschiedene Schutzarten gibt. Sie haben gesagt, dass nicht beabsichtigt sei, neue Bunker zu bauen. Ich meine allerdings, dass das im Notfall eventuell notwendig wäre. Wenn nicht genügend Schutzräume vorhanden sind, müssten wir vielleicht wirklich einmal einen Kassensturz machen und schauen, wie sich die Situation darstellt. Wir wissen ja nicht, was noch alles auf uns zukommt. Vielleicht können Sie mir hierzu noch etwas sagen.

In Bezug auf das Stichwort Krise haben Sie gesagt, dass Sie eine Art Früherkennung wollen, damit man möglichst schnell handeln kann, um eine Krise zu vermeiden oder abzuschwächen. Wie definieren Sie den Begriff „Krise“? Zwischen einer Krise und einer Katastrophe besteht ja wohl doch ein Unterschied.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank an alle, die in der ersten Fragerunde ihre Fragen gestellt haben. – Herr Minister Strobl, es sind einige Fragen zusammengekommen, und wir sind gespannt auf Ihre Antworten.

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Thomas Strobl: Herr Vorsitzender, ich schlage vor, dass die Fragen von Frau Kollegin Schwarz und von Herrn Kollegen Dr. Miller von den Fachleuten beantwortet werden, weil es gezielte Fachfragen waren.

Dann wurden Fragen gestellt bzw. Anmerkungen gemacht, die allgemeiner bzw. politischer Art sind, etwa von Frau Bürgermeisterin Dr. Harsch, die gesagt hat, ich habe die Begriffe „Krise“ und „Katastrophe“ quasi synonym verwendet. Nun, ein geflügelter Satz im Innenministerium, geprägt durch den Abteilungsleiter für Krisenmanagement und Katastrophenschutz, der mittlerweile seit einigen Monaten im Ruhestand ist, lautet: „Krise ist ein produktiver Zustand; man muss ihr nur den Beigeschmack der Katastrophe nehmen.“ – Entgegen weitverbreiteten Gerüchten stammt der Satz im Übrigen nicht von ihm, sondern von Max Frisch. Es ist aber ein außerordentlich kluger Satz, der deutlich macht, dass es einen Unterschied gibt.

Jetzt kann ich dazu keine allgemeingültige Definition geben. Darüber haben sich sicherlich wesentlich klügere Leute schon viele Gedanken gemacht. Für mich ist es so, dass ich sagen würde: Eine Krise ist eine zugespitzte Lage, in der zumindest die Gefahr besteht, dass ganz wesentliche Güter zu Schaden kommen können, wobei aber immer noch die Hoffnung und die Möglichkeit bestehen, diese zum Guten zu wenden. Das ist der Unterschied zur Katastrophe: Da wendet es sich nicht mehr zum Guten, sondern da hat sich diese erhebliche Güterbeeinträchtigung schon realisiert. So würde ich das sehen. Das kommt vielleicht auch in diesem klugen Satz von Max Frisch zum Ausdruck.

Ich will die nächste Frage auf jeden Fall an den Leitenden Branddirektor aus meinem Haus weitergeben, aber zur Ortspolizeibehörde und zu ihrer Rolle sollte vielleicht auch ich etwas sagen.

Es gibt klare Zuständigkeiten, die auch rechtlich festgelegt sind, wobei es natürlich auch zu Überschneidungen kommt. Mir war und ist es immer sehr wichtig, dass wir hier eine optimale Zusammenarbeit haben. In einer Stadt ist es für mich unerlässlich, dass die Ortspolizeibehörde, die Landespolizei und im Übrigen auch die Bundespolizei, sofern die Stadt einen Bahnhof oder gar einen Flughafen hat, optimal zusammenarbeiten. Nach meinem Eindruck funktioniert das in Baden-Württemberg im Grunde genommen sehr gut. Aber ich bzw. wir nehmen es gern mit, dass wir uns das auch noch einmal überlegen und vielleicht auch mit den kommunalen Landesverbänden darüber sprechen, ob es dort etwas nachzujustieren gibt, auch bei der Rollenverteilung.

Zuweilen erlebt man auch Kurioses. Wenn Sie erlauben, Herr Vorsitzender, würde ich auch einmal etwas Nettes erzählen. In einer Debatte hat sich einmal ein Bürgermeister gemeldet und hat gesagt: „Ja, so etwas könnt ihr auch nur in Stuttgart erzählen. Ich bin keine Ortpolizeibehörde. Ich habe keinen Polizisten.“ Offensichtlich gibt es also dann doch Dinge, die man irgendwie noch ein bisschen schärfen kann. Ich habe ihm dann liebevoll erklärt, dass er kraft Amtes als Bürgermeister selbst die Ortpolizeibehörde ist, und er hat dann wirklich wie ein Auto geschaut. Auch aus diesem Erlebnis heraus, das mir gerade wieder in den Sinn gekommen ist, könnte es sein, dass es vielleicht gar nicht schlecht ist, wenn wir uns das gemeinsam mit der kommunalen Seite noch einmal anschauen.

Das, was Sie zu den Sirenenkonzepten und zu der Reichweite usw. gesagt haben, ist sicherlich richtig. Aber wissen Sie: Ich habe es nie so recht verstanden, dass wir die Sirenen abgebaut haben. In meiner Heimatstadt Heilbronn haben wir sie nicht abgebaut. Natürlich verändern sich Baulichkeiten usw., und dann muss man das anpassen. Ich würde dringend davon abraten, Sirenenanlagen weiter abzubauen. Vielmehr sollten sich die Fachleute anschauen, ob es Sinn macht, eine vorhandene Sirene wieder in Betrieb zu nehmen. Diese Frage möchte ich aber auch gern an den zuständigen Vertreter meines Hauses weitergeben. Es war immer meine Überzeugung, und sie ist es auch heute noch: Ich würde keine Sirene abbauen, ohne dass es einen triftigen Grund dafür gibt – ohne dass es einen triftigen Grund dafür gibt! Denn jede Sirene, die vorhanden ist, ist aus meiner Sicht hilfreich, und so wahnsinnig viel Geld kostet die Wartung einer Sirene nicht.

Da ich gerade beim Thema Sirenen bin: Es ist gefragt worden, ob sich nicht auch das Land diesbezüglich engagieren sollte – na ja, Sie sind ja der Haushaltsgesetzgeber. Wenn Sie mir Geld dafür zur Verfügung stellen, dann nehmen wir es natürlich gern. Wenn die Bundesinnenministerin allerdings 1 Milliarde € für den Bevölkerungsschutz ankündigt, dann könnten von diesen 1 000 Millionen € vielleicht doch auch ein paar Millionen dafür verwendet werden, das begonnene Sirenenprogramm des Bundes fortzuführen. Man sollte es nicht sagen, aber bei einem Betrag von 1 Milliarde € könnte man den Betrag, den wir für die Sirenen bräuchten, wirklich als „Peanuts“ bezeichnen. Wenn die Milliarde, die Frau Faeser angekündigt hat, kommt, finanziert der Bund das wirklich mit links, und dann bitte ich den Haushaltsgesetzgeber in diesen haushaltsmäßig schwierigen Zeiten nicht um Landesgeld, sondern dann nehmen wir das Geld, das der Bund zur Verfügung stellt. Das ist jedenfalls meine Auffassung. Wenn der Haushaltsgesetzgeber in Baden-Württemberg anderer Auffassung sein sollte, darf er gern Landesgeld zur Verfügung stellen. Dann lassen wir das Geld beim Bund und nehmen das Landesgeld. Aber ich bin da eher schwäbisch geprägt. Wenn der Bund das ankündigt, muss er es auch realisieren. Das nehmen wir gern und bedanken uns dann auch beim Bund dafür.

Weil noch einmal das Thema Bunker angesprochen worden ist: In meinen Augen muss man in mehreren Schritten vorgehen, und zwar nicht nur in Baden-Württemberg, sondern das muss man bundesweit machen. Deswegen habe ich das,

wie gesagt, in die Innenministerkonferenz eingebracht. Es ist einstimmig beschlossen worden. Der erste Schritt ist, dass wir uns zunächst einmal ein Lagebild verschaffen, wie viele Bunker überhaupt vorhanden sind und wo sie sind. Dieser erste Schritt ist bereits erfolgt, und zwar u. a. durch die Bundesanstalt für Immobilien. Das ist also schon erledigt. Es ist erfreulich schnell gegangen, nachdem wir es in der Innenministerkonferenz auf meinen Vorschlag hin so beschlossen hatten.

Der zweite Schritt muss jetzt sein, sich die Bunker einmal anzuschauen, um in Erfahrung zu bringen, was man mit diesen Bunkern noch anfangen kann bzw. – dafür bin ich jetzt kein Experte – ob sie mit einem vertretbaren Aufwand wieder so ertüchtigt werden können, dass sie jedenfalls einen gewissen Schutz bieten. Meine Damen und Herren, ich will keinen Alarmismus betreiben, aber schauen Sie einmal in die Ukraine, wie es in einer solchen Lage dann wirklich läuft. Da ist im Zweifel jede Unterführung ein Schutzraum. Dass wir uns diese Dinge anschauen, gehört zumindest zu meiner Aufgabe. Ich sehe es jedenfalls so und lasse mich dafür auch gern kritisieren. Aber das müssen wir schon machen, dass wir also in einem zweiten Schritt schauen, wo Schutzräume vorhanden sind und wie man sie mit vertretbarem Aufwand möglicherweise so gestalten kann, dass sie in entsprechenden Lagen der Bevölkerung Schutz bieten können, und dann führen wir die Debatte einmal weiter. Ich bin diesbezüglich sehr zurückhaltend; denn ich war schon erstaunt, was da alles geschrieben worden ist. Wir sollten uns erst einmal ein Lagebild verschaffen und dann schauen, wo es Möglichkeiten für entsprechende Schutzräume gibt.

Dann ist das Wort „Angstkultur“ gefallen. Ich würde ein solches Wort nicht verwenden, weil ich finde, dass die Wortkombination von Angst und Kultur nicht zusammenpasst. Ich habe mir auch in meinen einleitenden Ausführungen Mühe gegeben, deutlich zu machen, dass wir ein starkes Land mit starken Menschen sind – insbesondere mit einem starken Ehrenamt, vor allem im Bevölkerungsschutz – und dass wir deswegen auch für Krisen gut gerüstet sind. Wer, wenn nicht wir, kann das bewältigen – gerade wir in Baden-Württemberg: mit der starken Wirtschaft, mit unseren starken Kommunen, mit starken Verwaltungsstrukturen, auch wenn sie viel kritisiert werden?

Wir haben auch die Chance, nach einer Krise besser dazustehen. Krise ist ein produktiver Zustand. Das ist meine Überzeugung. Deswegen würde ich die Dinge immer mit einer Kultur der Zuversicht angehen. Andererseits darf man aber Probleme und Herausforderungen nicht verschweigen, sondern man muss genau beschreiben, wie die Dinge sind. Dann gibt es aber Menschen, die im Innenministerium arbeiten, die sich mit Dingen auseinandersetzen müssen, mit denen sich „normale“ Menschen nicht auseinandersetzen müssen. Sie müssen nämlich auch das Udenkbare immer mitdenken und sich mit Szenarien befassen, mit denen sich andere Menschen nicht beschäftigen müssen. Das gehört auch dazu. Das ist dann aber keine Panikmache und auch kein Alarmismus, sondern das ist unsere Aufgabe.

Dass wir nach den Erfahrungen, die wir gerade in der jüngsten Vergangenheit gemacht haben, dann auch dafür werben, dass sich vielleicht ein paar mehr Menschen für solche Dinge interessieren und interessieren sollten und dass die Gesellschaft insgesamt resilienter in Bezug auf das Thema Krise werden muss, ist, glaube ich, auch richtig. Wir sind aber weit davon entfernt, irgendwelche Ängste zu schüren. Das ist überhaupt nicht das, was wir wollen.

Was wir in der Tat wollen, ist mehr Eigenverantwortung, also zu sagen, dass der Staat nicht immer alles richten kann. Auch wenn sich alle, die hier sitzen, und die vielen Hunderttausende, die sich im Land mit der Sicherheit beschäftigen, noch so sehr bemühen und mit noch so hoher Expertise und noch so hoch professionell ihre Arbeit machen, kann eben trotzdem etwas passieren. Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nie, zumal es externe Faktoren gibt, auf die wir gar keinen Einfluss haben können, und es uns finanziell, technisch und auch sonst wie überfordern würde, uns auf alle externen Lagen vorzubereiten. Aber wir müssen es bestmöglich tun, und wir müssen beispielsweise auch bestmöglich zusammenarbeiten.

Ich will es einmal so sagen: Wenn ich den Haushaltsgesetzgeber mit bestimmten technischen Ausrüstungen unserer Sicherheitsbehörden überfallen würde, um uns auf bestimmte Lagen vorzubereiten, von denen ich glaube, dass sie eintreten werden, würde das niemals stattfinden, weil das einfach gar nicht leistbar ist. Ich bin hier ja unter Fachleuten und bitte darum, dass daraus jetzt keine öffentliche Debatte entsteht, die schiefhängt. Aber wenn ich beispielsweise dem Haushaltsgesetzgeber sagen würde: „Wir müssen uns stärker gegen ABC-Lagen schützen – also atomare, biologische, chemische Lagen –, wir brauchen hierfür entsprechende Fahrzeuge“, dann würde uns das total überfordern. Allerdings haben wir in Bruchsal das beste ABC-Abwehrkommando der Welt.

Wenn eine solche Lage eintreten sollte, dann muss die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr auf jeden Fall funktionieren. Ich bin viele Stunden in Bruchsal gewesen und habe mir das alles ganz genau angesehen. Im Übrigen betreibe ich keine Angstkultur. Sie werden über diesen Besuch in Bruchsal – jedenfalls nicht von mir; vielleicht hat irgendein Soldat etwas veröffentlicht – nichts auf Instagram, Facebook oder sonst wo lesen. Da gibt es gar nichts, und zwar sehr bewusst. Es gibt nicht einmal Fotos davon, wie ich vor der Kaserne dem Kommandeur die Hand gegeben habe – jedenfalls nicht von mir; ob das jemand anderes fotografiert hat, weiß ich nicht. Aber es ist wichtig, dass wir uns informieren, dass wir uns vernetzen und dass wir uns entsprechend vorbereiten und das auch möglichst breit aufstellen.

Jetzt würde ich darum bitten, Herr Vorsitzender, wenn Sie damit einverstanden sind, dass die Experten, also die Fachleute aus dem Haus, die Fachfragen beantwortet.

Vorsitzender Alexander Salomon: Ich bitte darum, dass Sie die Moderation übernehmen. Sie wissen am besten, wer auf was wie antworten kann.

Vertreter des IM: Ich beginne und werde dann an die weiteren betroffenen Kollegen das Wort weitergeben, damit wir die Fragen halbwegs gebündelt beantworten. – An noch offenen Fachfragen hatte ich mir u. a. die Frage notiert, inwieweit im Übungswesen eine Vernetzung mit den unteren Katastrophenschutzbehörden erfolgt bzw. wie dafür gesorgt wird, dass in allen Landkreisen in vergleichbarer Intensität geübt wird.

Vorweg: Infolge der Coronapandemie war das Übungswesen im Katastrophenschutz zum Teil aus Gründen der Eigensicherung der Einsatzkräfte, zum Teil aber auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass ebenjene Einsatzkräfte durch die Dauereinsätze tatsächlicher Natur stark eingebunden waren, nur eingeschränkt möglich, sodass diesbezüglich in den letzten beiden Jahren nicht das Optimum erreicht werden konnte. Aber ich denke, diesbezüglich stoßen wir von allen Seiten auf Verständnis.

Grundsätzlich ist es so, dass im bestehenden Landeskatastrophenschutzgesetz, das derzeit vom Innenministerium überarbeitet wird, bereits die klare Regelung enthalten ist, dass die unteren Katastrophenschutzbehörden verpflichtet sind, Übungen durchzuführen. Das Ganze wird durch das Innenministerium über die Regierungspräsidien koordiniert, die darauf achten, dass jährliche Übungspläne aufgestellt werden. Sie sind auch gehalten, darauf zu achten, dass in den Kreisen mit all ihrer Unterschiedlichkeit – es gibt in den Stadt- und Landkreisen, aber auch innerhalb der Landkreise durchaus unterschiedliche Verhältnisse – vergleichbare Übungsverhältnisse existieren. Das übernehmen die Regierungspräsidien auch.

Wir haben den Regierungspräsidien ganz aktuell vor wenigen Tagen den Übungserlass, wie wir es nennen, für das Jahr 2023 zukommen lassen, in den wir übrigens auch – das sei nebenbei bemerkt – den Gedanken implementiert haben: Bitte fühlt euch, wenn ihr übt, aufgefordert, in geeigneten Szenarien auch die Bevölkerung einzubeziehen. Das befindet sich also schon in der Umsetzung. Außerdem haben wir mit den Regierungspräsidien vereinbart, dass sich alle fünf Häuser, also die vier Regierungspräsidien und das Innenministerium, bezüglich der Ausgestaltung, wie es im Einzelnen erfolgen soll bzw. kann, austauschen und gegenseitig unterstützen. Das läuft also bereits.

Deswegen gehen wir davon aus, dass wir in dem Moment, in dem der Coronadurchhänger wieder einer Normalsituation weicht – wobei die vom Minister genannten sich stets perpetuierenden multiplen Lagen die Welt für uns nicht einfacher machen –, in den Landkreisen vergleichbare Verhältnisse haben werden. Wir sind aber – das sei Ihnen versichert – über die Regierungspräsidien und deren Aufsichtsfunktion in der Lage, das permanent zu überwachen. Natürlich lassen wir uns auch am Ende des Jahres darüber berichten, wie die Übungslage in den einzelnen Regierungsbezirken, heruntergebrochen auf die einzelnen Landkreise, tatsächlich gewesen ist. Das ist die Systematik, nach der wir verfahren. Ich hoffe, dass die Frage damit beantwortet ist.

Es wurde verschiedentlich unter Bezugnahme auf das vom Herrn Minister genannte Projekt der Implementierung des Katastrophenschutzes in Schulen gefragt, wie es sich mit den Erwachsenen verhält. Wie bereits zum Ausdruck kam, ist es natürlich eine der Intentionen des Schulprojekts, dass die Kinder das Thema nach Hause mitbringen oder im Bekanntenkreis zur Sprache bringen, beispielsweise mit einem Flyer, mit Erkenntnissen, die sie im Unterricht gewonnen haben, oder möglicherweise auch über Hausaufgaben. Ich möchte betonen, dass wir uns diesbezüglich mit dem Kultusministerium in einem überaus konstruktiven, engen und auch sehr fruchtbaren Austausch befinden. Die Details werden in den nächsten Wochen und Monaten mit verschiedenen Teilinhalten erarbeitet werden. Über die Kinder erhoffen wir uns eine gewisse Wirkung in die Welt der Erwachsenen hinein.

Eine andere Möglichkeit, die Menschen für dieses Thema zu sensibilisieren, ist die direkte Ansprache der erwachsenen Bevölkerung. Dankenswerterweise hat es sich das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe schon vor vielen Jahren zur Aufgabe gemacht, überaus gutes Material zur Verfügung zu stellen, das man sich von der Homepage herunterladen kann. Das Bundesamt hat in den letzten Wochen zudem in verschiedenen Sendern TV-Spots geschaltet, wo einzelne Szenarien auch für das erwachsene Publikum aufbereitet und dargelegt werden. Allerdings steht und fällt alles damit, dass es auch gelesen wird. Die besten Handreichungen nützen nichts, wenn sie niemand herunterlädt, wenn sie, nachdem sie heruntergeladen sind, niemand liest oder wenn sie, obwohl sie gelesen worden sind, niemand beherzigt. Das wird eine Daueraufgabe sein.

Wir gehen davon aus, dass die Sensibilität der Bevölkerung allein durch die Präsenz der multiplen Krisen gewachsen ist und dass das Interesse dadurch ohnehin steigen wird. Das soll aber nicht zur Tatenlosigkeit verleiten. Wie gesagt, über das Schulprojekt und über die enge Zusammenarbeit mit dem genannten Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, was sich wiederum im GeKoB, das bereits genannt wurde, widerspiegeln wird, werden wir gemeinsam mit dem Bund und den Ländern alle Register ziehen, um die Dinge noch weiter zu verbessern. Letztendlich ist es aber eine Frage einer jeden bzw. eines jeden Einzelnen, sich mit dem Thema zu befassen. Ich denke, das muss man einfach einmal nüchtern feststellen.

Damit komme ich zum Thema Fachlichkeit aus Sicht des Katastrophenschutzes, für den ich heute sprechen darf. Diesbezüglich wurde nach computergestützten Simulationen bzw. Computerunterstützung gefragt – sei es in Übungen, sei es in Echtlagen. Diesbezüglich muss wahrscheinlich eine Unterscheidung getroffen werden. Es gibt Dinge, die wir mit Landesmitteln leisten können. In diesem Zusammenhang ist beispielsweise schon das digitale Krisenmanagement mit unserer elektronischen Lage Darstellung genannt worden. Darin sind bereits zahlreiche Elemente enthalten, die hier nutzbar sind. Aber auch im kleineren Maßstab, ohne dass wir es großartig bewerben, weil es nur für die Fachwelt von Interesse ist, haben wir computergestützte Modelle bzw. Modellrechnungen beispielsweise für Übungszwecke, insbesondere im Bereich von Übungen, die kerntechnische Unfälle betreffen. Dafür gibt es z. B. Aus-

breitungsrechnungsmodelle, die man bei Übungen einsetzen kann, damit die üben- den Ehrenamtlichen einen Eindruck davon bekommen, wie sich solch eine Ausbrei- tung in gemessenen Werten tatsächlich manifestieren würde, die bei Übungen natür- lich nicht da sind, die wir seit Kurzem aber einspielen können, sodass sich das Übungsgeschehen auch in dieser Ausgestaltung normalisieren wird. Dieses Pro- gramm wird sicherlich zur Anwendung kommen. Das Produkt, das wir da am Start haben, ist ganz neu.

Ähnliches gilt im Kontext der sogenannten Notfallstationen, die wir nach Fukushima – ich meine, auch da stehen wir bundesweit an der Spitze – mit Abholbehältern geplant haben, die das entsprechende Equipment enthalten, um überall im Land dort, wo es nötig ist, mobile Notfallstationen aufbauen zu können, also Einrichtungen, an die sich die Bevölkerung wenden kann, wenn radioaktives Material freigesetzt werden sollte. Für diese Notfallstationen steht uns ein sogenanntes Dosis-Rechnungstool zur Ver- fügung, das sich auf den Computern befindet, die dann zum Einsatz kommen wür- den. Damit kann man nach einer Befragung einer Person bei einem kerntechnischen Unfall, auf welchem Weg sie denn zu der Notfallsituation gelangt ist, in etwa aus- rechnen, welche Dosis die Person im ungünstigsten Fall möglicherweise mitgenom- men haben könnte. Das ist dann für die Einsatzkräfte bei der Frage, ob Dekontami- nationsmaßnahmen erforderlich sind oder nicht, ausgesprochen hilfreich.

Wie Sie sehen, gibt es schon einiges. Manches blüht ein wenig im Verborgenen, weil das – ich denke, in diesem Kreis darf ich das sagen – natürlich nicht jedermanns Thema ist und weil nicht jeder nüchtern mit diesem Thema umgehen kann. Wir sind der Meinung, dass man die bestehenden Möglichkeiten einer IT-Unterstützung von vornherein nutzen und einplanen muss, wo immer es sinnvoll ist.

Ich hatte die Frage auch dahin gehend verstanden, ob man eventuell im ganz großen Maßstab ganze Krisen elektronisch darstellen oder begleiten kann. Ich würde eher sagen, dass das eine Sache des schon mehrfach genannten GeKoB ist, in dem alle 16 Bundesländer sowie der Bund sowohl ihre personellen als auch ihre finanziellen Ressourcen zusammenwerfen können, um beispielsweise ein bundesweites digitales Lagebild zu erstellen, das sich möglicherweise an unserer elektronischen Darstellung orientieren könnte. Ich meine, dass die Baustelle eher dort angesiedelt sein dürfte, und zwar schlicht aus Kapazitätsgründen, weil diese dann doch sehr mächtigen Pro- gramme, die fraglos mit künstlicher Intelligenz ausgestattet sein müssen, auch ent- sprechend finanziert und konzipiert werden sollen. Ich denke, es besteht ein breiter Konsens, dass das ein Musterbeispiel dafür ist, wie 16 Länder und der Bund zu- sammenarbeiten können, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen.

Dann hatte ich mir noch das Thema Katastrophenschutzlager bzw. „Lagerung medi- zinischer Materialien“ mit der damit verbundenen Frage notiert, wie man vermeiden kann, dass es hier zu einem Verfall und zu einer Entsorgung zuvor teuer angeschaff- ter Gegenstände kommt. Diesbezüglich können wir auf ein Beispiel zurückgreifen, in dessen Rahmen auch noch einmal die gute Zusammenarbeit mit dem Bund aus-

drücklich erwähnt sein soll, allerdings in sehr kleinem Maßstab. Es gibt seit vielen Jahren eine Sanitätsmittelbevorratung durch den Bund für Krisenfälle bzw. für größere Unglücksfälle. Da ist schon seit Jahren eingespielt, dass diese Lager – zwei davon gibt es in Baden-Württemberg – bei Krankenhäusern angesiedelt sind und dass die dort gelagerten Materialien im täglichen Betrieb von den Krankenhäusern selbst „umgewälzt“ werden, sodass nur in ganz wenigen Fällen Medikamente, die im täglichen Betrieb nicht so stark nachgefragt und nur für Extremsituationen vorgehalten werden, ersetzt werden müssen. Die meisten Materialien, die man beschafft, werden in den Klinikalltag eingebunden und dort verbraucht.

So etwas kann man sich natürlich für alles Mögliche vorstellen. Aber wenn es darum geht, Lager zu betreiben, in denen beispielsweise Masken für die gesamte Bevölkerung vorgehalten werden, dann könnte es möglicherweise allein schon aufgrund des Volumens Probleme geben. Aber ich denke, diesem Problem kann man sich stellen. Man kann darüber miteinander diskutieren. Ob es dann eine Lösung für alle Fälle gibt, muss man sich insbesondere dann, wenn es um eine Massenbevorratung geht, anschauen. Dem Grunde nach sind solche Dinge jedoch tatsächlich schon im Alltag präsent.

Das Thema Erwachsenenfortbildung wurde mehrfach angesprochen. Es wurde u. a. danach gefragt, wie denn eine Einbindung der Bevölkerung bei Übungen aussehen könnte. Wie ich zuvor erwähnt habe, sind wir in diesem Jahr in unserem jährlichen Übungserlass dazu übergegangen, das Thema proaktiv einzuführen und zu bewerben. Dafür gibt es verschiedene Modelle. Das wird sich im Laufe des Jahres 2023 sicherlich entwickeln. Ob es nun so sein wird, dass man die Bevölkerung aktiv mitwirken lässt, oder ob es eventuell auch eine Variante sein könnte, die digitalen Möglichkeiten zu nutzen und beispielsweise in Kombination mit Warntagen oder auch mit Szenarien, die sich dafür eignen, die Bevölkerung digital zu beteiligen und sie dadurch vielleicht in viel stärkerem Maß zu erreichen, werden wir zusammen mit den Regierungspräsidien und mit den Kommunen erarbeiten. Wir werden sicherlich Wege finden, wie man das gewinnbringend und dennoch ökonomisch machen kann.

Wenn ich es mir richtig notiert habe, waren das die Punkte, zu denen ich für den Bereich Katastrophenschutz etwas sagen kann.

Ich übergebe jetzt das Wort an meinen Kollegen, der die Fragen zum Thema Krisenmanagement beantwortet.

Vertreter des IM: Ich kann nahtlos daran anknüpfen und die Fragen beantworten, wie wir Krisenmonitoring betreiben, was wir diesbezüglich tun und welche Quellen wir anzapfen. Das ist in der allerersten Stufe relativ simpel. Wir schauen uns nämlich an: Was passiert in der Welt? Wir nutzen öffentliche Quellen, wir scannen die Medien, und zwar sowohl die klassischen Medien als auch die digitalen Medien, und schauen, welche Themen im Laufe eines Tages, im Laufe einer Woche, im Laufe

eines Monats aufpoppen. Wenn es Situationen gibt, die uns interessant erscheinen – so weit würde ich einmal gehen wollen –, dann behalten wir sie im Fokus.

Genau so sind wir auch an das Thema Coronapandemie herangegangen, und zwar von dem Auftreten der ersten Fälle in China an. Ich kann mich noch gut an die Situation erinnern, wenn ich auch eine Anekdote erzählen darf, als meine Kollegin, die das bei uns federführend macht, auf mich zukam und mich ansprach: „In China ist so ein Virus aufgetaucht. Das tritt jetzt in den Medien auf.“ Ich erspare Ihnen meine Gedanken, die ich im ersten Moment hatte. Sie können sich das sicherlich vorstellen. Ich habe ihr aber sofort reflexartig gesagt: „Schauen Sie es sich weiter an. Behalten Sie das im Blick, und lassen Sie uns gucken, was passiert.“ Und genau so haben wir es gemacht. Die Kollegin hat also tagtäglich gescannt, welche neuen Informationen es gibt. Wir haben auch sofort angefangen, uns Hintergrundinformationen zu verschaffen, also nicht nur zu schauen, dass es da etwas gibt, sondern auch alle verfügbaren Informationen über das Virus zu bekommen und dies parallel dazu schon in Faktenblätter und Lagedarstellungen einzubauen. Das haben wir nicht getan, weil wir von Viren so viel Ahnung haben, dass wir es allein machen könnten, sondern wir haben es genau so getan, wie es sich gehört, nämlich gemeinsam mit dem Sozialministerium.

Der nächste Schritt war demzufolge auch, sofort Kontakt zu den Kolleginnen und Kollegen des federführenden Sozialministeriums aufzunehmen. In solchen Fällen kommt uns dann immer unser Krisenmanagementnetzwerk zugute. Wir wissen ganz genau, wen wir auf der Arbeitsebene ansprechen müssen, sodass wir da an der richtigen Stelle sind. Wir haben dann mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozialministerium dieses Krisenmonitoring gemacht und unsere Informationen immer wieder verfeinert.

Genau so würde es auch bei allen anderen Situationen laufen. Wir schauen einfach: Was passiert in der Welt? Das Erste ist ein Erkennen, das Zweite ist, zu versuchen, Hintergrundinformationen bestmöglich zu generieren, und als Drittes ist dann die Frage zu klären – danach haben Sie, Frau Schwarz, auch gefragt –: Wer entscheidet es denn am Ende des Tages? Ist es eine Krise oder nicht? Das machen wir gemeinsam mit den fachlich zuständigen Kolleginnen und Kollegen; denn die können das deutlich besser beurteilen als wir. Das heißt, wir im Krisenmanagement sehen uns als Impulsgeber, als Antenne, als Radar, um krisenhafte Situationen in der Welt zu erkennen. Wir nehmen sofort den Kontakt auf und führen die Lage dann weiter.

Deswegen konnten wir im Land Baden-Württemberg schon sehr frühzeitig, als die ersten Fälle in Baden-Württemberg bekannt wurden, noch am selben Tag, sofort unsere Krisenmanagementstrukturen hochfahren. Wir waren also nicht unvorbereitet, sondern wir waren vorbereitet und konnten durch Einberufung des interministeriellen Verwaltungsstabs und durch Einberufung unseres Stabs im Innenministerium sofort „in den Krisenmodus“ schalten. Wir hatten die Strukturen stehen, konnten sehr gut darauf reagieren und waren eben nicht überrascht, sondern waren darauf vorbereitet.

Sie hatten auch gefragt, ob wir dazu KI nutzen. Das würden wir gern tun. Wie es mein Kollege gerade schon angedeutet hat, erhoffen wir uns von dem GeKoB, dass wir dieses Radar gemeinsam mit den anderen Ländern und mit dem Bund deutlich ausbauen können, dass wir dieses Radar auch digitalisieren können, um dann durch die Implementierung verschiedenster Datenquellen und durch die Nutzung von KI noch viel schneller und besser eine Krisenvorsorge bzw. ein Krisenmonitoring hinzubekommen und auch eine Auswertung vornehmen zu können, was denn alles auf uns zukommen könnte. Ich glaube, dass wir genügend Daten haben. Die große Herausforderung besteht allerdings darin, dass wir sie miteinander vernetzen, wobei auch dabei das Thema Datenschutz immer eine Rolle spielt.

Das GeKoB ist genau der richtige Ort, um all unsere Kompetenzen zu bündeln und das momentan schon bestehende Lagebild, das das GeKoB täglich bzw. wöchentlich erstellt, auf ein digitales Lagebild auszuweiten. Das ist jetzt die nächste Stufe, die Bund und Länder gemeinsam angehen, um da noch ein Stück weit besser zu werden.

Sie hatten auch gefragt, wie wir die Wissenschaft einbinden. Das geschieht über den Fachstrang der jeweils fachlich zuständigen Ressorts. Wir bitten auch darum, auch die Kolleginnen und Kollegen aus der Wissenschaft und dadurch auch wissenschaftliche Erkenntnisse einzubinden.

Ich leite direkt zum Stichwort „Integrierte Leitstellen in Baden-Württemberg“ über. Wie Sie wissen, ist dies eines unserer Herzensthemen, an dem wir mit Hochdruck arbeiten. In der Tat gibt es lokale Redundanzen. Wenn eine Leitstelle ausfällt, gibt es in der Regel eine weitere Leitstelle, die zumindest rudimentär übernehmen kann. Mit dieser Situation sind wir alle nicht glücklich. Das müssen wir verbessern. Deswegen arbeiten wir auch mit Hochdruck daran. Der Herr Minister hat es in seinem Eingangsstatement auch sehr deutlich als eines der Schwerpunktthemen dargestellt. Das müssen wir tun. Das wird uns noch einige Jahre beschäftigen, und das wird – erlauben Sie mir die Anmerkung – am Ende des Tages viel Geld kosten. Darüber müssen wir uns im Klaren sein.

Als Fachmann erlaube ich mir auch die Aussage, dass wir das dringend brauchen. Wir müssen das dringend verbessern, weil wir nur mit einer vernetzten Leitstellenlandschaft in Baden-Württemberg und mit einer einheitlichen Technik zukunftsfähig aufgestellt sein werden. Nur dann schaffen wir es, die ganzen Herausforderungen, die sich z. B. allein schon aus der EU-Ebene ergeben, zu bewältigen, beispielsweise einen Notruf nicht nur über das Telefon oder über eine App anzunehmen, sondern einen Notruf über alle möglichen digitalen Kanäle zukünftig annehmen zu sollen und zu müssen. Die Erfahrungen mit der Einführung des Digitalfunks, die wir in den Integrierten Leitstellen im Land reichlich gemacht haben, erspare ich Ihnen an dieser Stelle. Das sind Dinge, die wir gemeinsam deutlich besser machen können, deutlich besser machen müssen und deutlich besser machen wollen. Wie Sie merken, arbeiten wir wirklich mit Hochdruck daran, das Thema „Integrierte Leitstellen“ weiter vo-

ranzutreiben. Aber es ist doch ein recht dickes Brett, das wir durchbohren müssen. Das muss man auch sagen.

Damit, Herr Dr. Miller, komme ich zu Ihren Fragen. Sie hatten die Frage aufgeworfen, ob es sich möglicherweise empfiehlt, regelmäßige Tests von Sirenen durchzuführen. Für uns ist es von zentraler Bedeutung, dass wir es in einem ersten Schritt schaffen, dass alle Gemeinden im Land am Warntag teilnehmen. Das erfolgt momentan seitens der Gemeinden noch freiwillig. Wir würden uns wünschen, dass sich alle Gemeinden in Baden-Württemberg an dem Warntag beteiligen. Momentan können wir – und das wollen wir auch so tun – nur sehr herzlich dazu einladen. Ein großer Teil der Gemeinden hat sich beteiligt, aber eben noch nicht alle.

Selbstverständlich steht es den Gemeinden frei – das unterstützen wir auch –, ihre Sirenen oder sonstigen Warnmittel regelmäßig zu testen. Das bedarf natürlich immer einer Abwägung. Jede Woche mag zu viel sein, einmal im Jahr vielleicht zu wenig. Ich glaube, man muss einen guten Mittelweg finden, damit man nicht aus dem eigentlich gut gemeinten Sensibilisieren der Menschen für Sirensignale eher ein Störempfinden erzeugt; denn ansonsten haben wir am Ende des Tages das Ziel nicht erreicht.

Sie fragten nach KRITIS-Unternehmen und wollten wissen, mit wem wir diesbezüglich im Austausch stehen. Wie der Herr Minister dargestellt hat, gilt auch hier üblicherweise das Ressortprinzip. Das heißt, die üblichen Ansprechpartner für KRITIS-Unternehmen sind die fachlich zuständigen Ministerien.

Das Innenministerium steht in Kontakt und in einem engen Austausch mit den großen KRITIS-Betreibern im Land und auch noch darüber hinaus. Natürlich stehen wir mit der Bahn in Kontakt, mit allen Verästelungen der EnBW und mit Netze BW sowieso. Mit diesen pflegen wir seit vielen Jahren einen sehr engen Kontakt. Wir sind mit den großen Telekommunikationsanbietern im regelmäßigen Austausch. Das ist üblicherweise ein Austausch, den wir regelmäßig über das Jahr verteilt pflegen. Aber – das ist noch viel wichtiger – er dient eben auch dazu, sich ad hoc austauschen zu können. Das ist das klassische Thema: Wenn man weiß, mit wem man sprechen kann und wen man bei Bedarf anrufen kann – das hat sich in der Coronapandemie bewährt –, dann stehen die Türen bei uns offen, dann stehen aber auch die Türen bei den Unternehmen offen.

So sind wir in vielen Fällen während der Coronapandemie in einem sehr engen Dialog mit den großen KRITIS-Betreibern im Land gewesen und haben uns umfangreich austauschen können. Wir haben aber auch viel mitnehmen können, wo Sorgen und Nöte bestehen – auch das ist ja wichtig –, und haben manchmal auch einen Single Point of Contact – so bezeichnet man es auf Neudeutsch – vermitteln können: Wo ist der richtige Ansprechpartner in der Landesverwaltung? An wen muss sich das Unternehmen wenden, um die eine oder andere Frage klären zu können? Das haben wir immer sehr gern getan. Ich glaube, das ist eine große Stärke. Es ist der zentrale

Punkt der Koordinierungsstellen Kritische Infrastrukturen: dass sie genau diese Informationsdrehzscheibe und diesen Koordinationsgedanken in sich tragen.

Ganz besonders gefreut, Herr Dr. Miller, hat mich Ihr Interesse am Virtual Operations Support Team Baden-Württemberg. Stellvertretend sage ich den vielen Ehrenamtlichen, die sich da engagieren, ein herzliches Dankeschön. Es ist tatsächlich eine unwahrscheinlich tolle Truppe von Menschen, die zusätzlich zu ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in den verschiedenen Organisationen ihre Bereitschaft erklärt haben, darüber hinaus noch weiter für das Land tätig zu werden, indem sie sich in diesem Virtual Operations Support Team engagieren und sich zusätzlich zu ihrer Tätigkeit in den Feuerwehren und in den Hilfsorganisationen des Landes auch noch um das Thema „Social-Media-Monitoring“ kümmern. Üblicherweise machen sie es tatsächlich – das bietet sich bei Social-Media- und digitalen Themen an – von zu Hause, vom Arbeitsplatz oder von unterwegs aus. Das machen sie ganz unterschiedlich, je nachdem, wo es gerade passt bzw. wann sie gerade Zeit haben. Es funktioniert ganz hervorragend.

Wir merken auch, dass das eine ganz eingeschworene Truppe ist. Es macht einfach unwahrscheinlich viel Spaß – uns auch, wie Sie vielleicht gerade an meinen Worten merken –, mit ihnen in Kontakt zu stehen und sich mit ihnen auszutauschen. Sie haben bereits an vielen Stellen – u. a. letztes Jahr sehr lange im Ahrtal – mit der Auswertung der digitalen Medien Unterstützung geleistet. Da hat viel im Hintergrund stattgefunden. Wir haben viel über unsere operativen Kräfte gehört, die im Nachbarbundesland unterwegs waren. Aber auch unser Virtual Operations Support Team war über viele Wochen hinweg sehr engagiert im Einsatz und hat für die dortigen Einsatzleitungen Social-Media-Monitoring betrieben, wobei es auf sehr positive Resonanz gestoßen ist.

Daher glaube ich, dass man sagen kann, dass es wirklich ein Erfolgsmodell ist. Wir dürfen nach wie vor stolz sein, dass wir das erste Land sind, das die Idee entwickelt und sie dann auch umgesetzt hat, ein Virtual Operations Support Team einzurichten. Ganz ehrlich: Ich will es nicht missen.

Zur Sirenenertüchtigung hatte sich der Herr Minister bereits geäußert. Ich kann das nur unterstreichen: Keine Sirenen abbauen, aber zunächst gern eine Analyse betreiben, ob die alten Standorte noch die richtigen Standorte sind. Im Zweifel muss man vielleicht auch einmal einen Sirenenstandort tauschen. Allerdings sollte man keine Fakten schaffen, bevor man diesbezüglich nicht die entsprechende Sicherheit hat. Daher empfiehlt sich eine gute Beratung der Fachebene vor Ort.

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Thomas Strobl: Es sind jetzt noch drei Fragen offen.

Es ist gefragt worden, warum die Coronabekämpfung nicht im Innenministerium, sondern im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration angesiedelt war.

Wie ich eingangs dargestellt habe, spielt für uns die Fachlichkeit eine sehr große Rolle. Im Innenministerium ist der interministerielle Verwaltungsstab angesiedelt, wo die Dinge im Grunde genommen zusammenlaufen. Aber primär ist das Fachressort zuständig; das halten wir auch für richtig. Offensichtlich ist das auch in anderen Ländern und im Bund der Fall. Mir ist jedenfalls nicht bekannt, dass es in einem Bundesland anders gewesen wäre. Auf Bundesebene war ja auch das Bundesministerium für Gesundheit federführend zuständig. Noch einmal: Die Fachlichkeit ist schon ein entscheidender Punkt. Allerdings kann über das Katastrophenschutzgesetz auch eine Lage eintreten, in der sich die Zuständigkeiten ändern.

Ihre nächste Frage lautete, warum der Katastrophenschutzfall in Baden-Württemberg nicht ausgerufen worden ist. Wir haben das intern durchaus diskutiert und haben uns dann entschieden, schnell das Landeskatastrophenschutzgesetz zu ändern und eine Art Vorstufe einzuführen, insbesondere deshalb, weil wir den Einsatzkräften eine Unterstützung geben wollten. An dem Tag, nachdem das Gesetz in Kraft getreten ist, habe ich diese Vorstufe dann auch scharf geschaltet. Das haben wir aber nicht großartig kommuniziert, gerade auch aufgrund der Stichworte „Alarmismus“ und „Panikmache“. In anderen Ländern ist das anders entschieden worden. Das muss ich nicht kommentieren, sondern muss es respektieren. In der Nachschau glaube ich, dass es richtig gewesen ist. Ich bitte den Zuständigen meines Hauses, dies noch einmal näher zu erläutern.

Frau Abg. Wolle hatte das Thema Silvester angesprochen. Dazu will ich nur noch einmal sagen: Baden-Württemberg ist nicht Berlin. Von bestimmter Seite ist, indem man die Dinge vermischt hat, versucht worden, es so darzustellen, als sei es bei uns genauso gewesen wie in Berlin. Ich will an dieser Stelle noch einmal klarstellen, dass das definitiv nicht der Fall gewesen ist. Wir waren an Silvester mit mehr als 2 500 Einsatzkräften in Baden-Württemberg unterwegs, und die Kolleginnen und Kollegen haben die Lage weitgehend unter Kontrolle gehabt. Wir haben in einem einstelligen Bereich leicht verletzte Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu verzeichnen gehabt. Da ist jeder zu viel. Aber wenn ich eine Hundertschaft nach Lützerath schicke – eine Hundertschaft!; nicht 2 500 –, dann kommt auch eine einstellige Anzahl leicht verletzter Kolleginnen und Kollegen zurück. Jeder ist einer zu viel. Das ist gar keine Frage.

Im Hinblick auf die Unterschiede muss ich natürlich sagen: Die Antwort des Rechtsstaats ist nicht Berlin, sondern Heilbronn, und auch da gibt es Unterschiede. In Heilbronn hat auf einem Marktplatz jemand in, sage ich mal, unordentlicher Weise einen Feuerwerkskörper gezündet. Als die Kollegen von der Landespolizei ihn entsprechend kontrollierten, hat er sich nicht so verhalten, wie man sich zu verhalten hat. Das hat dazu geführt, dass er am nächsten Tag „gesiebte Luft“ geatmet hat, und am vierten Tag danach gab es ein Urteil des Gerichts in Heilbronn: neun Monate ohne Bewährung. Das ist die richtige Antwort des Rechtsstaats. Ich bin einmal gespannt, wann die ersten Inhaftierungen in Berlin stattfinden. Wie gesagt: in Heilbronn am nächsten Tag.

Das ist im Übrigen nicht nur an Silvester so gewesen. Vielleicht erinnern Sie sich noch an den 21. Juni 2020, an die sogenannte Krawallnacht in Stuttgart. Damals habe ich mich weit aus dem Fenster gelehnt und habe gesagt: Das wird sich in Baden-Württemberg nicht wiederholen. Es hat sich nicht wiederholt. Und auch da gab es im Übrigen eine Antwort des Rechtsstaats. Ich habe damals gesagt: „Sonntags Radau – montags Bau.“ Schon am nächsten Tag sind die Leute entsprechend in Stammheim eingefahren. Wir haben inzwischen weit über 100 Tatverdächtige und weit über 100 Jahre Freiheitsstrafe ohne Bewährung, die abgeurteilt worden sind. Ich habe damals dem Mob gesagt: „Fühlt euch nicht sicher. Wir werden euch fangen.“ Inzwischen haben wir, wie gesagt, sehr viele gefangen, weit mehr als 100 – ich lasse mir die genauen Zahlen gern noch einmal geben, oder vielleicht weiß es sogar jemand –, und es hat harte Urteile gegeben, sodass es inzwischen sogar Kritik daran gibt, ob wir in Baden-Württemberg möglicherweise zu hart mit den Leuten umgehen. Das kann man immer diskutieren, aber mir ist diese konsequente Antwort des Rechtsstaats wichtig.

Jetzt bitte ich den Zuständigen meines Hauses noch kurz etwas zu unseren Überlegungen zum Landeskatastrophenschutzgesetz und zum Katastrophenfall auszuführen.

Vertreter des IM: In aller Kürze noch einige Ausführungen zum Landeskatastrophenschutzgesetz und zu seiner Systematik. Wann eine Katastrophe ausgerufen wird, hängt weniger von der öffentlichen Aufmerksamkeit eines Ereignisses ab bzw. hängt nicht einmal davon ab, wie sehr ein Ereignis für die Bevölkerung einschneidend ist oder wie intensiv die Bekämpfung, die daraus erwächst, sein wird, sondern im Grunde genommen ist der Maßstab in erster Linie derjenige: Wie sehr ist es erforderlich, die Bekämpfung unter eine einheitliche Leitung zu stellen, die sozusagen ein Nebeneinander von Leitungen überlagern und zusammenspannen kann. Das ist der ganz entscheidende erste Punkt.

Während der Coronapandemie lag der Schwerpunkt der Bekämpfungsleistungen eindeutig im Bereich des Sozialministeriums – ich gehe davon aus, dass das im ersten Teil der Befassung der Enquetekommission mit der Thematik zum Ausdruck gekommen ist –, sodass hier die einheitliche Leitung in Gestalt des interministeriellen Verwaltungsstabs oder der dazu eingerichteten Lenkungsgruppe völlig ausreichend war. Dabei ist zu berücksichtigen, dass selbst bei Ausrufen eines Katastrophenfalls sämtliche Sachentscheidungen dort getroffen würden, wo sie üblicherweise im täglichen Betrieb getroffen werden, weil die Katastrophenschutzbehörde im Falle einer ausgerufenen Katastrophe – beispielsweise bei Auftreten eines Tierseuchenszenarios – naturgemäß nicht die Kompetenzen einer Gesundheitsverwaltung erwirbt und sofort ausüben kann.

Kurzum: Es geht um die Leitungsfrage, und da sind wir beim Thema „Lessons Learned“, was auch in den einleitenden Ausführungen des Herrn Ministers zum Ausdruck kam. Wir haben das sofort zum Anlass genommen, um bei der anstehenden

Gesetzesänderung ein entsprechendes Instrument zu schaffen, und zwar die „Außergewöhnliche Einsatzlage“ – ein sehr technischer Begriff, der aber die technische Natur dieses Instruments durchaus wiedergibt: dass man, ohne eine Katastrophe ausrufen zu müssen, auf einer etwas milderen Rechtsgrundlage wesentliche Elemente einer einheitlichen Leitung übernehmen kann.

Von diesem Instrument haben wir selbst – auch das kam schon zur Sprache – am ersten Tag nach Inkrafttreten Gebrauch gemacht, indem wir unseren Bevölkerungsschutz damit in die Lage versetzt haben, beim Aufbau und Betrieb der Impfzentren mitzuwirken, insbesondere was beispielsweise die mobilen Impfteams angeht, die mit Fahrzeugen des Katastrophenschutzes nach Belieben ausgestattet und betrieben werden konnten.

Wir lassen uns hierüber von den Regierungspräsidien und die Regierungspräsidien von den Kreisen berichten. Von diesem Instrument wird durchaus rege Gebrauch gemacht. Nach meinem Kenntnisstand hat man dieses neue Instrument zuletzt bei der Bombenentschärfung genutzt – ich meine, es war in Freiburg – und konnte tatsächlich eine einheitliche Leitung einrichten, ohne gleich – auch das kam ja zur Sprache – den durchaus mit einem gewissen Aufmerksamkeitspotenzial verbundenen Begriff „Katastrophe“ in den Mund zu nehmen. Die Katastrophe, die man ausrufen kann, wenn es wirklich nötig ist, ist, wenn man so will, eine Ultima Ratio. Das mag in anderen Ländern anders gehandhabt werden. Dafür gibt es sicherlich gute Gründe. Das ist von uns nicht zu beurteilen. Aber unsere Lesart ist eben die geschilderte.

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Thomas Strobl: Ich glaube, der Landesbranddirektor könnte noch etwas beitragen, wenn Sie einverstanden sind.

Vertreter des IM: Es gab mehrere Fragen, bei denen es um den zentralen Begriff der Leistungsfähigkeit einer Feuerwehr ging. Der zentrale Begriff ist die Feuerwehrbedarfsplanung, also wie groß bzw. leistungsfähig eine Gemeindefeuerwehr sein muss. Ich beantworte die konkrete Frage, die dazu gestellt wurde, dahin gehend, dass aus unserer Sicht die Leistungsfähigkeit der baden-württembergischen Feuerwehren derzeit noch vollumfänglich gegeben ist, und zwar dahin gehend, dass die Feuerwehren ihre Aufgaben in der Fläche wahrnehmen können. Momentan verfügen wir mit rund 3 300 Feuerwehrstandorten in Baden-Württemberg glücklicherweise über ein sehr enges Netz. Wenn man es auf eine Karte projizieren und diese Feuerwehrstandorte im gesamten Land Baden-Württemberg gleich verteilen würde, hieße das, dass von jedem Feuerwehrstandort ein Kreis mit einem Radius von rund 2 km abgedeckt würde, bevor man schon wieder im „Zuständigkeitsbereich“ der nächsten Einheit wäre.

Das heißt, selbst wenn an einer Stelle aufgrund von Parallelität von Einsätzen, aufgrund von Mehrbedarf an Personal und Gerät oder aufgrund einer schlechten Ta-

gesverfügbarkeit ein Engpass bestünde, kann man aus dem benachbarten nahen Bereich sehr schnell weitere Kräfte hinzuziehen. Wir stellen fest, dass in dieser Hinsicht interkommunal in verstärktem Maß Anstrengungen unternommen werden, um auch parallel auszurücken, dass also mehrere Gemeinden zusammenarbeiten. Das ist aus unserer Sicht ein richtiger und wichtiger Schritt, um die Leistungsfähigkeit, also das Eintreffen der Feuerwehr nach einer gewissen Zeitdauer, weiterhin sicherstellen zu können.

Diese interkommunale Zusammenarbeit wollen wir stark dahin gehend unterstützen, dass das Ehrenamt entlastet wird, dass also nicht jeder immer alles können muss, sondern dass man hier zusammenarbeitet. Das ist letztendlich auch ein Faktor, wie Finanzmittel der Kommunen gespart werden können und wie das Ehrenamt gleichzeitig dahin gehend entlastet werden kann, dass Ausbildungszeiten bzw. Qualifikationszeiten auf die tatsächlich notwendigen Bedarfe konzentriert werden können.

Diesbezüglich sind wir mit den kommunalen Landesverbänden, mit dem Landesfeuerwehrverband, aber auch mit Praktikern ins Gespräch eingestiegen, um die Aus-, Fort- und Weiterbildung dahin gehend zu optimieren, dass die benötigten Qualifikationen auf einem schnellen, guten Weg erreicht werden können, insbesondere auch aktuell durch den Einsatz von digitalen Lernanwendungen, um die Abwesenheit von der Wohnung bzw. vom Arbeitsplatz ehrenamtsfreundlich zu reduzieren. Durch den Aufwuchs der Ausbildungskapazität an der Landesfeuerwehrschule ab diesem Jahr besteht dann auch die Möglichkeit, mehr Lehrgangstermine wählen zu können, was vor allem den ehrenamtlichen Einsatzkräften entgegenkommt.

Ein zweiter Themenbereich der gestellten Fragen bezog sich auf die Unterstützung des Ehrenamts. In diesem Zusammenhang ist die Grenze zutreffend genannt worden, ab der die ehrenamtlichen Strukturen durch hauptamtliche Strukturen – in diesem Fall Berufsfeuerwehren – zu unterstützen sind bzw. ergänzt werden. Ich denke, auch dazu muss man erläutern, dass in den großen Städten bzw. in den Stadtkreisen Baden-Württembergs zunächst einmal das Ehrenamt, also die freiwilligen Feuerwehren, in der Fläche vorhanden ist und den Ersteinsatz leistet, der bei der Feuerwehr ausgesprochen wichtig ist.

Die Abteilungen der Berufsfeuerwehren, die mit speziellem Gerät ausgestattet sind, übernehmen ergänzend verwaltungsadministrative Aufgaben, die Einsatzplanung, und auch viele Kleinaufträge, die vom Ehrenamt gar nicht mehr geleistet werden könnten. Aber das Gros sind nach wie vor die ehrenamtlichen Einsatzkräfte, die in der Fläche – auch in den Stadtkreisen – im Einsatz sind. Die Berufsfeuerwehr ist also kein Ersatz für das Ehrenamt, sondern eine sinnvolle Ergänzung. Dementsprechend ist es aus unserer Sicht auch die richtigen Lösungsansätze, das Ehrenamt, die ehrenamtlich tätigen Frauen und Männer in den Feuerwehren, durch hauptamtliche Strukturen zu unterstützen und dass Beschaffungsmaßnahmen, die Dokumentation und der Kostenersatz, also all die Dinge, die administrativ laufen, von der Gemeindeverwaltung, im Rathaus für das Ehrenamt übernommen werden, sodass sich das

Ehrenamt tatsächlich auf den Einsatz und die Übungen konzentrieren kann und die wertvolle freie Zeit, die von den Frauen und Männern eingesetzt wird, für die wesentlichen Kernaufgaben der Feuerwehr aufgebracht werden kann.

Dazu gibt es momentan die Rückmeldung von vielen Stellen, dass immer mehr administrative Aufgaben wie beispielsweise Dokumentationsaufgaben anstehen und dass die Geräteprüfung aufgrund von rechtlichen Vorgaben bzw. von Vorgaben der Unfallversicherer immer mehr Zeit in Anspruch nimmt. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass alle Geräte in einer Gemeinde, also jedes Elektrogerät oder jede Einrichtung auf einem Spielplatz, von Beschäftigten der Gemeinde, also von hauptamtlichen Kräften, überprüft wird. Nur bei der Gemeindefeuerwehr sind es häufig die Ehrenamtlichen, die diese Aufgaben on top auch noch übernehmen müssen. Wenn es in den nächsten Tagen schneien wird, dann übernimmt der kommunale Bauhof die Schneeräumung bei den Schulen oder den anderen kommunalen Einrichtungen, während bei der Feuerwehr die ehrenamtlich Tätigen kommen müssen, um den Hof des Feuerwehrhauses vom Schnee zu befreien.

Ich denke, hier muss und kann ein Umdenken in der Form stattfinden, dass man das Ehrenamt und dessen Strukturen in der Form unterstützt, dass administrative Aufgaben bzw. Verwaltungsaufgaben gebündelt werden, wengleich – ich glaube, auch das gehört zur Wahrheit dazu – bei vielen Menschen, die im Bereich der Feuerwehr tätig sind, die Begeisterung so groß ist, dass sie diese Aufgaben gern selbst machen möchten. Aber diese interkommunale Zusammenarbeit, also diese gegenseitige Hilfe bzw. die Spezialisierung, muss der Ansatz sein, den wir jetzt auch in der Überarbeitung der Hinweise zur Leistungsfähigkeit einer Feuerwehr, den wir in der zu überarbeitenden Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über das Zuwendungswesen bzw. das Feuerwehrwesen berücksichtigen möchten. Wir beginnen jetzt frühzeitig mit Gesprächen mit den kommunalen Landesverbänden, mit dem Landesfeuerwehrbeirat, aber auch mit Praktikern, wie wir das Feuerwehrwesen entsprechend optimieren und das Ehrenamt dahin gehend unterstützen können, dass es nur noch die die Kernaufgaben wahrnehmen muss.

Im Gegensatz zum Rettungsdienst sind bei der Feuerwehr insgesamt geringere Fallzahlen zu verzeichnen. Wenn allerdings Einsätze notwendig sind, brauchen wir sehr viele Frauen und Männer, die diese Einsatzaufgaben wahrnehmen. Das heißt, die Vorhaltung der benötigten Kräfte ist maximal unwirtschaftlich: wenig Einsätze mit viel Personal. Das bedeutet, die kleinste sinnvolle taktische Einheit, die die Feuerwehren zum Einsatz bringen, besteht aus sechs Personen – eine Führungskraft und fünf Frauen und Männern, die die Einsatzaufgaben wahrnehmen. Wenn man davon ausgeht, dass diese eine Einheit zwar Erstmaßnahmen einleiten kann, aber nicht unbedingt auf Dauer in der Lage ist, das allein zu stemmen, bräuchten wir – unter Berücksichtigung von Urlaub, Krankheit und Arbeitszeit – beim Personalfaktor 5 insgesamt 30 Personen, um diese Zahl von sechs Personen 365 Tage im Jahr und 24 Stunden am Tag aufrechtzuerhalten. Das würde bedeuten, dass allein sechs mal fünf Stellen

kommunal zu finanzieren wären, damit allein nur ein Fahrzeug Erstmaßnahmen übernehmen kann.

Vor diesem Hintergrund muss es das klare Ziel von uns allen sein, das Ehrenamt zu stärken, es zu entlasten und es attraktiver zu gestalten, damit wir das Feuerwehrwesen auch künftig mit dem Ehrenamt stemmen können.

In Bezug auf das Hauptamt und die entsprechende Ergänzung bzw. Unterstützung gebe ich Ihnen, Frau Bürgermeisterin, völlig recht. Das Änderungsgesetz zum Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz, das für alle beamtenrechtlichen Laufbahngruppen gilt, hat bei den kommunalen Feuerwehren besonders stark zugeschlagen. Das hängt damit zusammen, dass es bei den großen Städten im Vergleich zu anderen Ämtern und anderen Laufbahnen überproportional viele Stellen im mittleren feuerwehrtechnischen Dienst gibt und dass die maßgeblich betroffenen Laufbahngruppen in der Verzahnung mittlerer/gehobener Dienst bis einschließlich Besoldungsgruppe A 11 wichtige Funktionen in der hauptamtlichen Struktur bei den Feuerwehren übernehmen.

Ich halte allerdings nichts davon, für die Feuerwehren eigene laufbahnrechtliche Regelungen, losgelöst von allen anderen Laufbahngruppen, zu finden. Vielmehr geht es jetzt darum – diesen Prozess haben wir bereits gestartet –, die Ausbildungs- und Prüfungsordnung, die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen sowie die Laufbahnverordnung an die neue rechtliche Gegebenheit anzupassen und das Ganze auch mit den Tätigkeitsmerkmalen, die bundesweit für den feuerwehrtechnischen Dienst gelten, dahin gehend anzupassen, dass dann auch dieses gefühlte Ungleichgewicht zwischen den einzelnen Laufbahnen und das Ungerechtigkeitsempfinden, das von manchen Beamtinnen und Beamten deutlich kommuniziert wird, gelöst wird.

Ziel ist es, an dieser Stelle die hauptamtliche Ausbildung so zu überarbeiten, dass der Aufwand zum Erwerb der Laufbahnbefähigung künftig einfacher bzw. reduziert wird. In der Tat – da bin ich ganz bei Ihnen – sind momentan die Hürden, um die Laufbahnbefähigung zu erwerben, extrem hoch. Allein im mittleren Dienst sind regelmäßig eine dreijährige Berufsausbildung, eine 18-monatige Qualifizierung on top sowie weitere Lehrgänge erforderlich. Das heißt, es bedarf einer Ausbildungszeit von mindestens viereinhalb Jahren, um in der Besoldungsgruppe A 8 starten zu können. Wie gerade ausgeführt, ist es angezeigt, im Ehrenamt sehr viel konzentrierter auszubilden und Ausbildungsinhalte, die auf die wesentlichen Aufgaben fokussiert sind, anzubieten. Dazu, wie man den Weg beschleunigen kann, gibt es die ersten Pilotmodelle in Baden-Württemberg, die kommunal bereits in Pforzheim ausprobiert werden.

Es ist kein Mangel an geeigneten Bewerberinnen und Bewerbern für die Ausbildungsstellen zu verzeichnen. Allerdings besteht sehr wohl ein Engpass an kommunalen Ausbildungsstellen, um den größer werdenden Markt freierwerdender Stellen,

der u. a. durch altersbedingte Abgänge, aber auch durch den durch neue Aufgaben und größeren Personalkörper in den kommunalen Feuerwehren bedingten Aufwuchs entsteht, entsprechend bedienen zu können.

Ehrlicherweise muss man aber auch sagen, dass die Laufbahnausbildung aufgrund der Ausbildungsinhalte, aufgrund der Schutzkleidung und all dieser Dinge, die zusammenkommen, überproportional teuer ist. Deswegen scheuen sich viele Kommunen einfach, die Laufbahnausbildung selbst zu finanzieren – immer mit der Angst verbunden, dass derjenige/diejenige, der/die ausgebildet wird, zu einer anderen Feuerwehr in einer anderen Gemeinde wechseln könnte. Es geht also darum, die Aus-, Fort- und Weiterbildung – wie in allen anderen Ländern auch – gemeinsam dahin gehend zu optimieren, dass wir die Menschen, die zur Feuerwehr kommen möchten, künftig dann auch in der Feuerwehr haben werden.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank. – Da es keine weiteren Anmerkungen vonseiten des Innenministeriums oder des Ministers zu geben scheint, treten wir in die zweite Fragerunde ein. Für diese stehen auf meiner Liste Frau Abg. Cataltepe, Frau Abg. Dr. Pfau-Weller, Herr Rack, Herr Dr. Krüger und Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke. – Eine Nachfrage, Herr Abg. Dr. Miller?

Abg. Dr. Matthias Miller CDU: Ja, ganz kurz. – Möglicherweise habe ich die Antwort auf meine Frage nach den Notfallplänen überhört. Ich hatte unter Bezugnahme auf den Musternotfallplan Stromausfall gefragt, ob noch weitere Notfallpläne geplant sind.

Vertreter des IM: In der Tat – entschuldigen Sie, die Frage muss ich in meinem Aufschrieb gerade überlesen haben – liegen uns aktuell keine konkreten Anfragen bezüglich weiterer Notfallpläne vor. Andererseits sind zahlreiche Konzepte, Handreichungen und dergleichen mehr schon jetzt auf dem Markt und frei zugänglich. Beispielhaft sind die bereits genannten Notfalltreffpunkte, Rahmenempfehlungen bzw. eine Anleitung für Stabsarbeit in kleinen, verwaltungsschwachen Gemeinden und vieles andere mehr zu nennen. Noch einmal: Konkret liegen uns derzeit keine Anfragen vor, dass ein entsprechender Bedarf besteht.

Vorsitzender Alexander Salomon: Vielen Dank; in der gebotenen Kürze. – Dann steigen wir jetzt in die zweite Fragerunde ein. – Frau Abg. Cataltepe, Sie haben das Wort.

Abg. Ayla Cataltepe GRÜNE: Danke, Herr Vorsitzender. – Vielen Dank, Herr Minister Strobl, für Ihre Ausführungen. – Sie haben über die Verletzlichkeit unserer Demokratie und Freiheit, aber auch über die Notwendigkeit des kollektiven Krisenbewusstseins und der Krisenakzeptanz und auch davon gesprochen, dass wir dieses Bewusstsein aus der Mitte der Gesellschaft heraus breiter denken müssen und dass wir die Menschen auch beteiligen müssen und sollten, um diese Krise gemeinschaftlich zu bewältigen – also: Teilhabe wirklich aller Mitglieder unserer Gesellschaft.

Wie können wir Menschen aus unserer diversen Gesellschaft erreichen, die z. B. eine sprachliche oder körperliche Beeinträchtigung haben, die hörbeeinträchtigt oder sehbeeinträchtigt sind? Gibt es entsprechende Instrumente in Ihrem Haus? Wenn ja, welche? Wie haben sich diese gegebenenfalls vorhandenen Instrumente bewährt?

Meine zweite Frage lautet: Wie erreichen wir die Akzeptanz und das Verständnis, Herr Minister, für die bestehenden Strukturen, aber auch für die sogenannten helfenden Hände – egal, ob es jetzt Rettungskräfte, Einsatzkräfte oder ehrenamtlich Tätige sind –, um in Krisensituationen barrierefrei agieren und damit den Schutz der Bevölkerung gewährleisten zu können?

Beim Thema Barrierefreiheit denke ich auch daran – das zeigen Erfahrungswerte beispielsweise im Bereich der Feuerwehr –, dass bestimmte Kulturen eben ein anderes Verständnis von Polizei, Rettungskräften, aber auch von Feuerwehren haben. Gibt es in Ihrem Haus geeignete Instrumente, um die Situation im Allgemeinen barrierefrei zu gestalten?

Einsätze verlangen den Rettungs- und Einsatzkräften sehr viel ab. Oft wird die Situation, die man vor Ort gesehen hat, auch mit nach Hause genommen. Wir brauchen gar nicht darüber zu diskutieren, dass dies zu einer psychischen Belastung führt. Daher interessiert mich, welche Angebote der psychosozialen Nachsorge es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungsstäben gibt – angefangen bei den Stäben der Landesregierung, aber auch für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, für die Amtsträger bzw. Mandatsträger vor Ort und den Ehrenamtlichen in den Kommunen. Welche Instrumente gibt es? Wie haben sich diese Instrumente bewährt? Gedenkt man, die vorhandenen Instrumente noch weiter auszubauen?

Abg. Dr. Natalie Pfau-Weller CDU: Lieber Herr Minister Strobl, herzlichen Dank. – Viele Punkte wurden bereits angesprochen. Ich glaube, wir sind uns einig, dass die Organisation unabhängig davon, welche Krise irgendwann einmal eintritt, natürlich immer funktionieren muss – ob das jetzt im Fachressort ist, ob die Lenkung durch den interministeriellen Verwaltungsstab erfolgt oder ob es um die Kommunikation nach innen und nach außen auf unterschiedlichen Kanälen geht. Deshalb stelle ich hierzu auch keine Frage.

Thema der Großen Anfrage der CDU-Fraktion waren u. a. die Spontanhelferinnen und -helfer. Im Rahmen der Novellierung des Landeskatastrophenschutzgesetzes Baden-Württemberg wird möglicherweise eine Veränderung dahin gehend erfolgen, dass auch Spontanhelferinnen und -helfer eingebunden werden. Gibt es das in anderen Bundesländern möglicherweise schon, sodass man sich daran orientieren könnte?

Welche Gründe gibt es dafür, dass laut Feuerwehrgesetz Personen erst ab einem Alter von 18 Jahren unter bestimmten Voraussetzungen eingebunden werden kön-

nen, während im Landeskatastrophenschutzgesetz geregelt ist, dass bereits Personen ab 16 Jahren eingebunden werden könnten? Ist geplant, das anzugleichen?

Die psychosoziale Notfallversorgung ist ausgesprochen wichtig. Sie ist vor allem in Krisen umso wichtiger. In Bezug auf die Helferinnen und Helfer bei der Flutkatastrophe im Ahrtal ist es noch ein großes Thema geworden, wie man denn insbesondere in derart verheerenden Krisen vorgehen sollte. Für den Normalfall, mit dem ein Feuerwehrmann/eine Feuerwehrfrau zu tun hat, bestehen bereits entsprechende Strukturen. Aber für abnormale Krisenfälle wie beispielsweise die Flutkatastrophe im Ahrtal bräuchte man unter Umständen eine besondere Betreuung. Was könnte das Land diesbezüglich unternehmen, und zwar zum einen präventiv, zum anderen aber auch im Fall einer Krise bzw. nach einer Krise, um sowohl die hauptamtlichen BOS-Kräfte als auch die ehrenamtlichen Kräfte noch deutlich besser zu unterstützen?

Oliver Rack, stellv. externes Mitglied: Vielen Dank, Herr Minister Strobl sowie ihren Mitarbeitern, für die Beschreibung des Komplexes und die Informationen zum Aufbau bzw. Ausbau von Intelligence. Das war sehr spannend. – Sprechen wir in Bezug auf Lageinformationen für Lagebilder von einer Art „K-Cloud“, also von einer Krisen-Cloud? Wenn ja, wie sieht die aus? Da Herr Minister Strobl auch von der Einbindung der Bevölkerung und von Teilhabe gesprochen hat: Wie kann das tatsächlich auch ein Raum sein, wo sich die Zivilgesellschaft mit den Institutionen und mit den Verantwortlichen inkorporiert?

In Bezug auf das digitale Ehrenamt hatten Sie bereits das Monitoring von sozialen Netzwerken angesprochen. Das ging so weit – ich möchte beispielhaft nur das Unternehmen RISKLAYER nennen, das in Karlsruhe sitzt und das wertvolle Arbeit geleistet hat –, dass dafür gesorgt wurde, dass Daten über Medienbrüche hinweg in Standards hineingesetzt wurden. Inwiefern sehen Sie tatsächlich eine Chance für eine Art Inkorporation, also quasi für ein Open Government? Welche Rolle spielt dabei generell das Thema „Open Data“? Immerhin ist im Rahmen des Länderfinanzausgleichs 2016 zwischen den Ländern vereinbart worden, dass es dazu eine Gesetzgebung geben wird.

Welche Chancen bzw. welches Potenzial sehen Sie, dass man Recht – beispielsweise eine Verordnung wie die Corona-Verordnung – in der Weise digitalisiert, dass es maschinenlesbar von Systemen aufgegriffen werden kann, im besten Fall standardisiert – vielleicht schafft Baden-Württemberg dafür sogar einen Standard –, was dazu beitragen könnte, dass man von A nach B kommt und automatisiert immer auf dem neuesten Stand der Verordnungslage ist?

Sie sprachen die europäische Zusammenarbeit an. Glücklicherweise haben wir in Baden-Württemberg besonders vitale Grenzregionen sowohl in das Nachbarland der Europäischen Union als auch in die Schweiz. Das ist als Alltagsraum besonders ausgeprägt. Insofern sind Krisenfestigkeit und Krisen-Response auch über die Gren-

zen hinweg ein elementares Thema. Was wird unternommen, um das funktional und sicher zu gestalten?

Danke.

Marco Krüger, externes Mitglied: Ich bedanke mich bei den Vertretern des Ministeriums für die gleichermaßen informativen wie auch couragierten und engagierten Einlassungen. Ich habe noch drei Fragen.

Meine erste Frage bezieht sich auf das Ahrtal. Dort haben wir gesehen, dass sich gerade Unternehmen, aber auch die Zivilbevölkerung vielfältig engagiert haben, dass es aber für die BOS nicht trivial war, gerade Unternehmen, die vielleicht mit einem Bautrupp, mit Baggern oder mit Gerät angerückt sind, sinnvoll einzubinden, gleichzeitig aber auch dieses unvorstellbare Maß an Spontanhilfe einzubinden. Gibt es Strukturen bzw. „Lessons Learned“, die man daraus bereits gezogen hat, wie man das auf der Ebene der einzelnen Behörden darstellen kann? Die Landesfeuerwehrschule hat vorgeschlagen, dort einen Fachdienst Bürgerhilfe einzuführen. Gibt es Möglichkeiten, das entweder in einen Stab zu integrieren oder auch Ressourcen schon im Vorfeld abzufragen, die kommunal vielleicht vorhanden sind, um sie dann im Krisenfall abrufen zu können?

Die zweite Frage betrifft das Thema Vulnerabilität. In diesem Zusammenhang hatten wir viel über den Bildungsaspekt gesprochen. Wie bekommen wir also die Bevölkerung gebildet und mündig, im Krisenfall zu handeln? Krisenresilienz ist allerdings nicht nur eine Frage von Vulnerabilität oder von Bildung, sondern vor allem beispielsweise auch eine Frage von ökonomischem Kapital. Um die Vorschläge des BBK umsetzen zu können, wird Geld benötigt, um Vorräte kaufen zu können. Diese Vorräte müssen dann auch irgendwo gelagert werden. Wie kann man das schaffen und in dieser Hinsicht die Resilienz in der Bevölkerung ertüchtigen? Das ist eine Frage, die sicherlich nicht nur vom Innenministerium beantwortet werden kann, sondern die auch in anderen Ressorts eine Rolle spielt. Nicht zuletzt wird dadurch auch das Thema Inklusion berührt. Es ist davon auszugehen, dass eine barrierefreie Gesellschaft resilienter als eine hoch barrierehaltige Gesellschaft ist.

Sicherlich ist es auch eine Frage von sozialen Netzwerken. Wird auch darüber nachgedacht, beispielsweise ein gelebtes Quartiersmanagement zu schaffen, um die BOS zu entlasten? Wenn mir beispielsweise bekannt ist, dass in meinem Quartier eine ältere Dame lebt, die im Krisenfall eventuell Hilfe braucht, dann schaue ich vielleicht selbst mal nach ihr und brauche gar nicht erst den Rettungsdienst zu rufen. Gibt es entsprechende Überlegungen, um auf diese Weise die Strukturen zu entlasten?

Damit komme ich zu meinem dritten Punkt. Es wurde bereits der Dialog mit den KRITIS-Unternehmen angesprochen, der unbedingt erforderlich ist. KRITIS franst gewissermaßen am Rande aus. Es gibt EnBW, die Telekom und die „Riesentanker“, auf

der anderen Seite aber auch den Pflegedienst oder die Kindertageseinrichtungen, die notwendig sind, damit Ehrenamtliche zum Einsatz kommen können, weil die Kinder z. B. versorgt sind, oder um die systemrelevanten Berufe zu stärken. Während der Coronapandemie haben wir festgestellt, dass es wichtig ist, die Menschen in den Einsatz bringen zu können.

Wie geht man denn mit diesen kleinteiligen kritischen Infrastrukturen um? Wie schafft man es, sie zu ertüchtigen? Solche Fragen stellen sich häufig zunächst einmal lokal. Die ganz großen Schrauben sind leicht sichtbar, aber auch die kleinen Schrauben sind im konkreten Fall vielleicht sehr wichtig.

Das sind meine drei Fragen. Vielen Dank.

Abg. Dr. Dorothea Kliche-Behnke SPD: Herr Innenminister, letzten Sonntag hatten viele von uns einen roten Balken in der StromGedacht-App des Netzbetreibers TransnetBW. Mir ist klar, dass es sich dabei nicht um eine klassische Warn-App handelt, dass wir also keine Blackout-Warnung hatten und dass es sich bei diesem Thema auch nicht genuin um Ihren Zuständigkeitsbereich handelt. Gleichwohl ist offenkundig, dass das Thema Energiesicherheit ein ganz wesentlicher Aspekt von Sicherheit ist und auch eine hohe Relevanz für das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung hat.

Sie haben vorhin über das Thema Ängste gesprochen. Diese Meldung hat bei vielen Menschen sicherlich zu Ängsten geführt. Allein meine Social-Media-Timeline war voll mit Screenshots dieser Meldung. Da war ich sicherlich nicht die Einzige. Es gab also eine hohe Nervosität. Der Stromausfall im LKA hat sicherlich auch nicht unbedingt dazu beigetragen, das Sicherheitsgefühl zu stärken.

Ich habe zu diesem Komplex die folgenden fünf Fragen:

Erstens: Wir haben in der Enquetekommission häufig über das Thema Kommunikation und über die hohe Relevanz politischer Kommunikation gesprochen, auch mit Blick auf Ängste oder Vertrauensbildung. Deshalb frage ich Sie als Innenminister gern grundsätzlich: Welche Notwendigkeiten sehen Sie hinsichtlich des Themas Kommunikation in all den Fragen zum Katastrophenschutz?

Zweitens: Inwiefern spielt die Frage der Netzsicherheit im Allgemeinen und speziell im Krisenmanagement Ihres Hauses eine Rolle?

Drittens: In keinem Bundesland ist der Gap zwischen der Energie, die produziert wird, und der Energie, die verbraucht wird, so groß wie in Baden-Württemberg. Deshalb spielt für uns neben dem Ausbau erneuerbarer Energien hier im Land – wobei bei Weitem noch nicht alle Potenziale in unserem Bundesland ausgeschöpft sind – auch der Ausbau von Stromtrassen von Nord nach Süd eine besonders wichtige Rol-

le. Werden der Ausbau erneuerbarer Energien und die Netzsicherheit als Teil der Krisenvorsorge verstanden? Wenn ja, inwiefern findet diesbezüglich eine interministerielle Zusammenarbeit statt?

Viertens: Welche Maßnahmen trifft das Innenministerium, um einem Blackout vorzubeugen?

Fünftens, eher allgemein gefragt: Inwiefern ist die Stabilität des Stromnetzes in die Strategie des Landes zum Schutz von KRITIS eingebettet?

Herzlichen Dank.

Abg. Carola Wolle AfD: Sie haben vorhin davon gesprochen, dass man sich auf Krisen vorbereitet und dass es ganz wichtig sei, das über Schulen usw. zu machen. Es gibt Menschen, die sich – Frau Kliche-Behnke hat es gerade angesprochen – auf einen Blackout vorbereiten und die teilweise belächelt oder als „Schwurbler“ oder „Verschwörungstheoretiker“ verunglimpft werden. Müsste man nicht eigentlich eher sagen: Ja, sie bereiten sich auf eine bestehende Krise vor – wobei es egal ist, ob es ein Blackout oder irgendetwas anderes ist? Sich mit Lebensmitteln zu bevorraten oder dafür zu sorgen, dass man Strom hat, halte ich für durchaus sinnvoll. Man weiß nie, was für eine Krise kommt. Menschen, die sich darauf vorbereiten, sollten nicht diskriminiert werden, sondern eigentlich sollten sie als Beispiel genommen werden, um andere zu ermuntern und ihnen zu sagen, dass es sinnvoll ist, sich mit Lebensmitteln usw. zu bevorraten.

Herr Weinmann hatte vorhin Friedrich Nietzsche zitiert. Sie haben dazu gesagt, man sollte sich nicht auf die Ängste fokussieren. Aber die Ängste bestehen ja tatsächlich, wie Frau Kliche-Behnke an dem Beispiel der Blackout-Warnung, die ich auch gesehen habe, deutlich gemacht hat. Diese Ängste gibt es also. Ich habe in einem Radiobeitrag von einem Seelsorger gehört, dass das Seelsorgetelefon während der Coronazeit viel stärker in Anspruch genommen worden ist, was ein Zeichen dafür ist, dass die Menschen psychisch belastet sind. Wie kann man die Menschen besser bei dem Verarbeiten ihrer Ängste unterstützen, damit sie mit klaren Gedanken wieder Fuß fassen können und nicht, in ihrer Angst verharrend, gelähmt sind?

Thomas Albiez, externes Mitglied: Herr Minister, ich arbeite für eine Industrie- und Handelskammer und habe daher viel Kontakt zu mittelständischen Betrieben. Tatsächlich ist mir in den letzten Wochen aufgefallen, dass das Thema „Energiesicherheit und Stromausfälle“ die Betriebe stark beschäftigt, z. B. auch in Fragen der Evakuierung: Wie kann ich in einer Nachtschicht beispielsweise bei einem akuten Energie- oder Stromausfall Menschen aus der Schicht, aus der Produktion gesichert nach draußen bringen? Wie kann ich z. B. Menschen, die in Reinräumen arbeiten und die eine entsprechende Schutzkleidung tragen, sicher aus dem Gebäude bringen? Was passiert nach einem Stromausfall beim Wiederaufstart der Stromversorgung? Wenn die Maschinen vor dem Stromausfall angeschaltet waren, besteht die Gefahr, dass

sie nach Wiederanfahren der Stromversorgung unkontrolliert hochfahren. Das bedeutet, es müssen Teile der Belegschaft dort sein, um das zu kontrollieren.

Während der Coronazeit hat die Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und der Verwaltung bzw. den Behörden aus unserer Sicht hervorragend funktioniert. Sicherlich kann noch vieles optimiert werden, aber der Austausch war überaus eng und gezielt. Was den Betrieben guttun würde, wäre sicherlich eine einheitliche und strukturierte Versorgung mit Informationen. Mir ist aufgefallen, dass man sich im Internet auf unterschiedlichsten Kanälen mit unterschiedlicher Validität oder Seriosität informiert und damit unterschiedliche Panikstände herbeiführt. Ich glaube, es wäre gut, wenn man – vielleicht sogar über die Industrie- und Handelskammern bzw. über die Handwerkskammern – für eine gewisse Struktur und Ordnung sorgen könnte. Ich gehe davon aus, dass dieses Thema in Ihr Ressort fällt; denn schließlich geht es nicht um Energie, sondern darum, was passiert, wenn die Energie nicht da ist.

Ich muss leider zu einem Folgetermin und mich verabschieden. Es tut mir leid, dass ich eine Frage stelle und die Antwort dann nicht abwarte. Aber ich gehe davon aus, dass meine Kolleginnen und Kollegen die Antwort übermitteln werden.

Vielen Dank.

Vorsitzender Alexander Salomon: Sie dürfen es sogar im Protokoll nachlesen. Die liegen immer relativ schnell vor. Die Möglichkeit besteht auch. Ich möchte damit jetzt aber nicht ausdrücken, dass Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen nicht fragen dürften; denn diese werden Ihnen die Antwort ebenfalls gebührend übermitteln können.

Gibt es noch weitere Fragen in dieser Runde? – Es gibt noch eine Frage. Herr Abg. Dr. Preusch, bitte.

Abg. Dr. Michael Preusch CDU: Zunächst einmal vielen Dank für das Lob in Richtung des vorpolitischen Raums. Dort sind, bezogen auf die letzte Krise, viele Ideen geschmiedet und Innovationen entwickelt worden. Ich will sogar so weit gehen, zu sagen, dass das mehrheitlich im vorpolitischen Raum und nicht in der Administration geschehen ist. Deswegen freue ich mich, dass der Feuerwehr, den Rettungsdiensten und den weiteren Organisationen noch einmal ein Dank ausgesprochen wurde.

Herr Minister, Sie hatten ausgeführt, Normen und Standards seien eine Maßnahme zur Krisenvorsorge. Bei der Feuerwehr kennen wir diese Standards, die gut und sehr effektiv sind. Im Rettungsdienst sind sie wahrscheinlich aufgrund der Vielfältigkeit der Trägerorganisationen noch nicht so strukturiert, wie man es sich vielleicht für eine Krise wünscht. Ich würde meine Frage gern mit einem Beispiel verknüpfen: Wann kommt der Rettungswagen Baden-Württemberg, der in Konstanz außerhalb der DIN-Norm ähnlich ausgestattet ist wie in Mannheim? Ich glaube, es macht durchaus Sinn, durch solche standardisierten Prozesse innerhalb eines Bundeslands Synergien zu

bündeln und zu schaffen. In welchem Jahr können wir mit einem solchen Standard rechnen? Bei diesen Fragen belasse ich es jetzt erst einmal.

Vorsitzender Alexander Salomon: Dann darf ich das Wort an Sie, Herr Minister Strobl, und an Ihre Fachkräfte weitergeben.

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Thomas Strobl: Frau Abg. Cataltepe hat zunächst einmal die Thematik „Barrierefreiheit und Teilhabe auch von Menschen, die ein Handicap haben“ angesprochen. Dazu würde ich die Fachleute um Ausführungen bitten, welche Maßnahmen es bereits gibt, auch im Bereich der Polizei. Dort gibt es ja auch eine entsprechende App.

Dann haben Sie das Thema „Psychische Belastung“ angesprochen, auf das auch Frau Abg. Dr. Pfau-Weller mit Blick auf ganz besondere Lagen wie im Ahrtal eingegangen ist. Ja, das müssen wir uns auf jeden Fall einmal sehr genau anschauen. Ich habe mich viel mit Rückkehrern aus dem Ahrtal unterhalten und habe mich auch ganz bewusst intensiv mit Mitarbeitern der PSNV unterhalten, die aus dem Ahrtal zurückkamen. Dafür habe ich mir ganz bewusst Zeit genommen und bin danach sehr nachdenklich nach Hause gegangen.

Eine Frau aus der PSNV hat mir folgende Geschichte erzählt: Sie ist im Ahrtal angekommen – eine völlig unübersichtliche Lage – und wurde von einem Mann angesprochen, der etwas von ihr wollte. Da sie aber vorher schon von einer Familie angesprochen worden war, hat sie den Mann gefragt, ob er sich noch einen Moment gedulden könne, weil sie sich erst um eine Familie kümmern müsse. Daraufhin habe der Mann ihr gesagt, das sei kein Problem. Sie hat sich dann um die Familie gekümmert, und als sie zurückkam, hatte sich der Mann schon dort, wo er vorher gestanden hatte, an einem Baum aufgehängt. Das ist natürlich ein Erlebnis, das man sein Leben lang nicht mehr vergisst.

Ich habe mir daraufhin überlegt, dass wir im Grunde genommen auch eine Betreuung für die PSNV-Kräfte in solchen Lagen brauchen; denn auch diese Frau muss sich ja irgendwo hinwenden können, um ein solch furchtbares Erlebnis zu verarbeiten. Sie wird sich ja ihr Leben lang Vorwürfe machen – natürlich völlig unberechtigt. Aber dieses Bild, wie er da hing, bekommt man ja nicht mehr aus dem Kopf. Das ist also ein Thema, das uns beschäftigt.

Ansonsten ist über die vielfältigen Angebote in den letzten Jahren und Jahrzehnten hinsichtlich der Nachbetreuung von Einsatzkräften sehr viel gewachsen. Als ich vor 30 Jahren begonnen habe, mich mit solchen Dingen zu beschäftigen, hat man hierüber so gut wie gar nicht gesprochen. Damals hat man den Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmännern gesagt – bitte legen Sie mir das jetzt nicht falsch aus –, sie sollten halt hinterher ein Bier trinken gehen, und dann sei es gut.

Darüber sind wir inzwischen bei Weitem hinaus. Auch ich persönlich habe in den letzten Jahren extrem viel dazugelernt, wie ausgesprochen wichtig die psychosoziale Betreuung und Nachbetreuung auch von Einsatzkräften ist. Ich bitte die Fachleute, Ihnen in der gebotenen Kürze einen Einblick zu geben, welche unterschiedlichen Angebote es mittlerweile gibt.

Frau Abg. Dr. Kliche-Behnke, natürlich beschäftigen wir uns auch im Innenministerium mit dem Thema „Flächendeckende Stromausfälle“, obwohl wir nicht primär für die Energiepolitik zuständig sind. Ich glaube, es war das Erste, was ich gefragt habe, als ich als Innenminister angefangen habe. Ich habe dann auch noch die Frage gestellt, wie wir in solchen Fällen denn eigentlich miteinander telefonieren könnten. Seither gibt es Satellitentelefone auch für den Minister.

In der Tat ist „Brownout/Blackout“ ein Thema, aber das hat nichts mit dem Kurzschluss im LKA zu tun. Da sollten wir die Dinge doch bitte auseinanderhalten. Das hatte nichts mit Energieknappheit zu tun, sondern das hatte etwas mit dem Gebäude und mit der Kabelverlegung zu tun. Das sind zwei unterschiedliche Dinge, die wir nicht in irgendeiner Art und Weise verwechseln sollten.

Damit komme ich zu der Frage von Frau Abg. Wolle. Weil das eine politische Frage war, will ich auch eine klare politische Antwort darauf geben. Aus meiner Sicht ist es wünschenswert, dass sich die Menschen auf entsprechende Lagen vorbereiten und auch einen gewissen Vorrat an Lebensmitteln, an Wasser und Trinkwasser anlegen. Es ist sicherlich auch kein Fehler, eine funktionierende Taschenlampe, ein paar Kerzen und dergleichen mehr zu haben.

Ich darf es Ihnen einmal mit meinen Worten sagen: Wie immer im Leben: Maß und Mitte. Gar nichts zu machen, ist fahrlässig. Einen gewissen Vorrat, eine gewisse Ausstattung zu haben, beispielsweise auch für den Fall eines Stromausfalls, wissend, dass Telekommunikation nicht funktioniert, wissend, dass möglicherweise die Heizung nicht funktioniert, wissend, dass möglicherweise kein Wasser und dergleichen mehr weiterhin zur Verfügung stehen, macht sicherlich Sinn. Aber wie immer im Leben kann man es dann auch übertreiben.

Letztlich ist auch in dieser Hinsicht Eigenverantwortung gefragt. Zunächst einmal gibt es da eine gewisse Bandbreite. Es gibt Menschen, die eher leichtfüßig durch das Leben gehen, es gibt welche, die sehr vorsichtig sind, und dann gibt es – wie immer im Leben – Menschen, die es in die eine oder in die andere Richtung übertreiben. Aber dass sich Menschen auf solche Dinge vorbereiten und das in einem vernünftigen Maß machen, indem sie sich ein bisschen bevorraten, das ist überhaupt gar kein Fehler. Solche Menschen sollten selbstverständlich nicht diskriminiert werden.

Zu den Überlegungen, die Herr Albiez geäußert hat, will ich nur sagen, dass wir die Fachleute aus dem Ministerium jetzt nicht überfordern dürfen. Wie in einem Betrieb im Falle eines Stromausfalls die Beschäftigten evakuiert werden oder wie es dann

mit den Maschinen ist, wenn die Stromversorgung nach einem Stromausfall wieder einsetzt, da sehe ich jetzt nicht die Zuständigkeit des Innenministeriums, solche Fragen zu beantworten. Das liegt in der Eigenverantwortlichkeit der Wirtschaft und der Betriebe. Da funken wir denen nicht hinein. Das sind Themen, die die Wirtschaft lösen muss. Aber selbstverständlich pflegen wir bei den Bereichen, wo es Überschneidungen gibt, auch Kontakt mit den Industrie- und Handelskammern.

Herr Abg. Dr. Preusch, Ihre Frage nach dem Rettungswagenkonzept usw. wird von einer Vertreterin aus meinem Haus beantwortet. Danach folgen weitere Antworten von Vertretern meines Hauses.

Vertreterin des IM: Vielen Dank für die Frage nach der Standardisierung im Rettungsdienst, der Rettungswagen. Ich glaube, in den letzten Jahren – nicht nur aufgrund der Coronapandemie, aber auch deshalb – ist das Bewusstsein in der Selbstverwaltung für dieses Thema gestiegen. Man war vorher sehr individuell unterwegs, und wir haben uns deswegen unterdessen dieses Themas auch angenommen. Wir haben die sogenannte Unterarbeitsgruppe Ausstattung gegründet, die sich dieses Themas – mehr des Inhalts des Rettungswagens als des Äußeren des Rettungswagens – annimmt. Da sind die Organisationen sehr eigen, das kann ich auch verstehen, auch hinsichtlich der Personalgewinnung möchte man eine gewisse Flexibilität haben. Uns ist es wichtig, dass man insbesondere bei den Medikamenten und den Medizinprodukten eine Standardisierung hat. Dessen wird sich die Unterarbeitsgruppe annehmen. Das haben wir gerade in den letzten Wochen beschlossen. Sie ist auch mit Vertretern aus unserem Haus bzw. den Ärztlichen Leitungen besetzt und kann entsprechend Gäste einladen und wird einen Vorschlag unterbreiten, den wir dann auch vom LARD verabschieden lassen.

Dies ist auch insofern wichtig, als dass wir die Delegation für die Notfallsanitäter landesweit einheitlich beschlossen haben und diesbezüglich bereits in der Umsetzung begriffen sind. Wir setzen hier für die landesweite Planung Standards, damit der Patient in Tauberbischofsheim genauso behandelt wird wie in Konstanz.

Vertreter des IM: Ich versuche, die Fragen, die gestellt wurden und die sich zum Teil überlappt haben, gebündelt, in aller Kürze zu beantworten.

Zum einen zum schon genannten Schwerpunkt zur Psychosozialen Notfallversorgung – abgekürzt: PSNV –: Ich darf darauf hinweisen, dass wir schon vor Jahren, also weit vor Corona, naturgemäß weit vor der Katastrophe im Ahrtal, eine Landeszentralstelle für die Psychosoziale Notfallversorgung an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal installiert haben, und zwar im Verbund mit den inter-PSNV-tätigen Organisationen: die Hilfsorganisationen bis hin zu den Kirchen, die auch mit ihrer psychosozialen Notfallseelsorge tätig sind. Auf unsere Initiative hin wurde ein Fachbeirat gegründet, in dem alle Akteure in diesem Bereich vertreten sind. Diese PSNV-Zentralstelle, dieser Fachbeirat befasst sich zum einen mit der PSNV-B – Abkürzung für Betroffene, also für die Bevölkerung, beispielsweise Angehörige von Unfallopfern,

die einer Betreuung bedürfen; das ist das eine –, aber auch mit der PSNV-E – Abkürzung für Einsatzkräfte. Das ist der Punkt, der hier schon angesprochen wurde: Es gibt hier schon sehr viele Angebote. Ziel des Fachbeirats – wie gesagt: bestehend aus den Akteuren und uns als eine Art Geschäftsstelle – ist es, zu versuchen, mit konsensuellen Überlegungen, mit Bündelungen der Kräfte, durch die Standardisierung von Leistungen hier immer weiter Schritte voranzuschreiten – im besten Sinne einer lernfähigen Organisation. Das Ahrtal, der Minister hat es geschildert, hat natürlich sehr, sehr drastische Beispiele geliefert. Sehr viele Einsatzkräfte haben darüber berichtet, aber uns liegen auch Informationen vor, dass das Netz der PSNV-E auch in diesem Fall gute Ergebnisse geliefert hat. Aber – jetzt schließt sich der Kreis; das ist am Anfang in der Rede des Ministers bereits zum Ausdruck gekommen –: Nichts ist so gut, als dass es nicht noch verbessert werden könnte. Mit der Zentralstelle der PSNV und den dahinter stehenden Fachgremien und den daraus folgenden Konzepten denken wir, dass wir auf einem guten Weg sind.

Stichwort Spontanhelfer: Das ist ein Thema, das nicht neu ist. Es trat schon bei den Hochwasserereignissen in den Jahren 2013 und 2016 auf. Es ist ein sehr erfreulicher Umstand, dass sich Teile der Bevölkerung spontan zusammenschließen und spontan etwas Gutes tun wollen. Es hat sich aber damals schon gezeigt und perpetuiert sich immer wieder: dass es natürlich einer gewissen Anleitung oder zumindest Koordination mit den staatlichen Hilfsleistungen bedarf, damit nicht aneinander vorbei gearbeitet wird oder im schlimmsten Fall möglicherweise in allerbesten Absicht Dinge getan werden, die sich anschließend als falsch erweisen – ohne damit irgendwelche Vorwürfe zu verbinden. Das Thema ist aber bekannt. Wir werden uns zum einen mit dem Thema auseinandersetzen – bzw. wir tun das schon, weil die ersten Gespräche bereits laufen und wir die eben schon genannte Überarbeitung des Landeskatastrophenschutzgesetzes vorbereiten –, soweit man es überhaupt bewirken kann; zum anderen ist dieses Thema auch Gegenstand von Bund-Länder-Arbeitsgruppen, weil es naturgemäß ein Problem ist, das alle anderen Länder und den Bund genauso betrifft. Auch da ist es im Sinne des Vorgenannten folgerichtig, gemeinsam zu überlegen, also alle, 16 plus eins, Sachverständige – wenn ich einmal die Mehrzahl verwenden darf – an dieser Stelle zusammenzuspannen.

Betrüblich in diesem Zusammenhang, das darf ich auch sagen, ist der Umstand, dass sehr viel Hilfsbereitschaft leider nicht in der sich eigentlich daraus anschließenden Bereitschaft mündet, sich auch wirklich institutionell zu beteiligen und den Vereinen beizutreten und strukturiert im Bevölkerungsschutz mitzuarbeiten. Aber auch daran arbeiten wir. Wir haben im vorletzten Jahr eine Nachwuchswerbekampagne mit beachtlichem Erfolg gestartet. Das spielt auch in diese Bereiche mit hinein: dass man versucht, Menschen, die sich von Natur aus engagieren möchten, aber ein bisschen zurückhaltend sind bei der Frage, ob sie sich wirklich einbinden lassen wollen, dazu zu gewinnen, Letzteres zu tun. Daher muss man an diesem Thema dranbleiben.

Was Menschen mit Einschränkungen anbelangt, ist es so, dass wir nahezu in allen Konzepten, die wir auflegen, seit Jahren versuchen, diesen Aspekt mit unterzubringen, was die Personen als Betroffene eines Unglücksfalls anbelangt. Ich nehme als Beispiel das eben in einem anderen Zusammenhang schon genannte Konzept für Notfallstationen. In diesem gibt es selbstverständlich Regelungen dazu, wie ich mit Menschen mit Einschränkungen – gleich welcher Art – umgehen soll, oder dass ich mich darauf vorbereiten soll, dass solche Menschen auch in der Notfallstation auftreten könnten. Man muss sie schon von vornherein in die Überlegungen mit einbeziehen und sich nicht erst dann überlegen, wie sie einzubinden sind, wenn sie vor der Tür stehen.

Bei den Veröffentlichungen, bei den Homepages, die wir betreiben, versuchen wir auch, mit einfacher Sprache, mit den technischen Möglichkeiten ein Optimum zu erreichen, soweit es mit entsprechendem Aufwand machbar ist. Wo es etwas schwierig wird, ist bei der Frage, ob man es institutionalisieren kann. Bei einzelnen Personen, die in einer ganz normalen Umgebung wohnen, aber eine gewisse Einschränkung haben, spielen Fragen des Datenschutzes eine Rolle, spielt natürlich auch die Frage eine Rolle, ob es überhaupt leistbar ist – wahrscheinlich eher nein. Und dazu sage ich, dass man natürlich auch bei der Frage nach Nachbarschaftshilfe mit Eigenverantwortung möglicherweise sehr viel weiter und sehr viel effizienter ist, als wenn man ein staatliches Raster darüberlegen würde. Aber über all diese Dinge wird immer wieder diskutiert und sich fortlaufend ausgetauscht.

Dann gab es noch ein paar speziellere IT-Fragen. Hierzu bitte ich meinen Kollegen, aus seiner Erfahrung heraus etwas zu sagen. Vor allem auch in Bezug auf die Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die sich beispielsweise über das GeKoB mit dem schon genannten bundesweiten digitalen Lagebild beschäftigt.

Vertreter des IM: Gibt es so etwas wie eine Krisen-Cloud? Die gibt es momentan noch nicht. Das ist ein Punkt, an dem wir tatsächlich arbeiten. Wie sie am Ende des Tages aussieht, ist Gegenstand der Überlegungen zu diesem digitalen Lagebild, das im Nukleus natürlich ein Lagebild für Behörden ist. Aber wir denken natürlich auch weiter darüber nach, wie man das Lagebild öffnen kann, welche Schnittstellen es geben kann, um es auch für die Bevölkerung nutzbar zu machen. Man muss gut überlegen, welche Informationen man wie aufbereiten muss, damit sie auch verstanden werden. Wir haben schon viel über mögliche Krisenängste gesprochen. Das heißt, es hilft nichts, einfach Informationen unbewertet aus einer Lagedarstellung für Expertinnen und Experten der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, sondern man muss genau überlegen, wie man sie so aufbereitet, dass sie dann auch verstanden werden, damit sie eben nicht dafür sorgen, dass Panik und Angst erzeugt werden, sondern dass sie dafür sorgen, dass man ein gesundes Krisenbewusstsein entwickeln kann, dass man ein gesundes Maß an eigener Vorsorge entwickeln kann und darauf aufbauend seine eigene Vorsorge und Selbsthilfefähigkeit optimieren kann. Wie gesagt, das gibt es momentan noch nicht, aber wir denken darüber nach, wie so etwas aussehen könnte.

Auch in Bezug darauf, dass man Recht oder Ähnliches maschinenlesbar macht und dies ortsunabhängig oder auch ortsabhängig anpassen kann, sind wir die ersten Wege auf Landesebene dadurch gegangen, dass wir unseren Chatbot COREY mit den neuesten Informationen zu den jeweils geltenden Coronamaßnahmen und Regelungen gefüttert haben. Das funktioniert auch nur dann, wenn es Menschen gibt, die dahinter stehen und COREY füttern und auch interpretieren. Da wollen wir natürlich auch weiterkommen und KI nutzen, um den Menschen am Ende des Tages zwar nicht zu ersetzen – den wird es immer brauchen, es wird immer interpretiert werden müssen; das wird eine Maschine hoffentlich nie können, das ist zumindest meine Hoffnung –, aber es deutlich besser und deutlich schneller zu machen. Der Bund hat dadurch unterstützt, dass er in der Warn-App NINA mit dem Coronabereich genau das gemacht hat. Je nach Ort wurde einem dort angezeigt, wie hoch die Inzidenzen sind und wie die aktuellen Maßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland lauten. Das heißt, wenn man reiste, konnte man sehen: An meinem aktuellen Standort gelten die und die Regelungen. Es gilt, dies auszubauen und daraus zu lernen. Das ist genau unser Ziel: zu schauen, wie man es auch auf andere Situationen anwenden kann. Dazu gibt es schon die richtigen Überlegungen. Ich glaube, da befinden wir uns auf einem guten Weg, aber noch lange nicht am Ende. Ich glaube, das gehört zur Ehrlichkeit auch dazu. Aber das sind Dinge, auf die wir gerade mit unseren Erfahrungen aus gut zwei Jahren Coronapandemie aufbauen können, damit wir die Dinge auch weiterentwickeln können.

Den Schub, den eine Krise braucht – Krise ist ein produktiver Zustand –, den haben wir, den müssen wir nutzen, um einfach weiter nach vorn schreiten zu können. Das vielleicht ganz kurz zu diesem ganzen Thema Digitalisierung, und zu den Fragen, wie man Daten nutzen kann, was es schon gibt und wo wir am Ende des Tages stehen wollen.

Stichwort KRITIS: Sie haben es sehr schön dargestellt: Das ist ein Thema, das an den Enden etwas ausfranst. Das ist auch eine Erfahrung der Coronapandemie. Es gibt immer einen Kernbereich von KRITIS, der KRITIS sein wird – egal, welche Lage es gibt. Aber es gibt lageabhängig immer Bereiche – darüber kann man jetzt philosophisch werden –, bei denen man sich fragt, ob es KRITIS ist oder nicht, ob dieser in der besonderen Lage relevant ist. Da muss man sich eben auch die Freiheit nehmen – das haben wir in der Coronapandemie auch getan. Sie kennen sicherlich unsere verschiedenen Definitionen des Begriffs „KRITIS“ und die drei entsprechenden Konzepte, die wir gemeinsam erstellt haben. Die Definitionen von KRITIS haben sich je nach Anwendungsfall ein wenig gewandelt. Genau diese Dynamik braucht man, diese Agilität braucht man: Genau darauf zu schauen, was der Kernbereich ist, wen es noch braucht und wen man noch mit hinzunehmen muss. Wir hoffen, dass wir zu diesem Kernbereich auf alle Fälle gute Impulse bekommen werden und uns auch sehr gut einbringen werden, was das KRITIS-Dachgesetz auf Bundesebene angeht. Wir werden auch mit dem Bund darüber diskutieren müssen, wie wir an dieser Stelle mit den Randbereichen umgehen. Die Aufgabe in der nächsten Zeit wird es sein, diese Fragen zu klären: Wie macht man das? Wie geht man damit um?

Letzter Punkt zum Thema KRITIS: Es wurde noch nach der KRITIS und dem Schutz von Stromnetzen gefragt. Das ist jetzt nicht mein Spezialthema, aber Sie können sich sicher sein – da schaue ich auch die Kollegen der Polizei an, da das u. a. auch ein polizeiliches Thema ist –, dass das ein Thema ist, das, wenn es nicht den physikalischen Schutz angeht, auch die Fragen nach der Cybersicherheit, der Stromnetze und der entsprechenden Infrastruktur, die es gibt, umfasst. Auch das sind Dinge, die wir natürlich auf dem Schirm haben, die aber auch alle Betreiber der Netze – da schaue ich den Geschäftsführer der Netze BW an, ich darf, glaube ich, sagen: – sehr mustergültig auf dem Schirm haben. Das ist der Ansatz, den wir im KRITIS-Schutz fahren – der Minister hat es eingangs gesagt. Die Verantwortung der Wirtschaft ist da natürlich auch hoch. Das heißt, wir können Grundregeln erstellen, aber die Umsetzung und das Eigeninteresse der Wirtschaft, eigene Maßnahmen umzusetzen, müssen vorhanden sein, um den hohen Schutz und die hohe Verfügbarkeit der jeweiligen kritischen Dienstleistung gewährleisten zu können. Das vielleicht noch ganz kurz zu diesem Stichwort von meiner Seite aus.

Vertreter des IM: Die Frage nach der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ist noch nicht beantwortet worden. Ich darf der Einfachheit halber verweisen. Wir haben in den letzten Monaten zahlreiche Anfragen aus dem Hohen Haus beantwortet, zum Teil mit sehr, sehr langen Listen von bilateralen Vereinbarungen auf allen möglichen Ebenen. Ich möchte, wenn es in Ordnung ist, auf diese gern verweisen, verbunden mit der allgemeinen Feststellung, dass naturgemäß und eingedenk des Umstands Katastrophen, Unglücksfälle etc. an Ländergrenzen nicht haltmachen und wir traditionell eine sehr enge Zusammenarbeit sowohl mit der Schweiz als auch mit Frankreich, also unseren beiden Nachbarländern, betreiben. Wie gesagt: Für die Details verweise ich auf die Landtagsdrucksachen, die bekannt sein müssten, wenn es für Sie in Ordnung ist.

Vorsitzender Alexander Salomon: Diese sind natürlich bekannt, trotzdem fragen wir manchmal nach und möchten es noch einmal genauer wissen. – Bitte sehr.

Vertreter des IM: Es gab noch die Frage: Welche Apps gibt es, die zur Verfügung stehen, um die Bevölkerung zu warnen? Dazu muss man sagen, dass es das modulare Warnsystem – abgekürzt: MoWaS – gibt, das vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe entwickelt worden ist und an dem verschiedene Assets dranhängen, die bedient werden können. Da spielen verschiedene Apps eine Rolle, z. B. die Warn-App NINA oder Katwarn; es sind aber auch Rundfunk- und Fernsehanstalten angeschlossen, die Informationen bekommen, um sie über den Äther an die Bevölkerung zu spielen.

Die nächste Entwicklung, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielt, ist das Thema „Cell Broadcast“, also die direkten Informationen auf Mobiltelefonen. Das haben Sie beim letzten Warntag erlebt. Da hat man es ausprobiert, da haben um 11 Uhr alle Handys eine Sirene abgespielt, weil die entsprechende Information kam. Das System MoWaS wird häufig bedient, insbesondere bei Bränden, wenn es darum

geht, die Bevölkerung vor der Ausbreitung von Gefahrstoffen zu warnen. Da ist das Lagezentrum der Landesregierung, das im Innenministerium angesiedelt ist, ein Knotenpunkt. Dort werden auch die Meldungen für das System MoWaS freigegeben. Wie gesagt, es handelt sich um ein System, das niederschwellig bedient wird, auch von den Kommunen kann ein entsprechender Impuls gegeben werden, insbesondere auch von den Feuerwehren. Das System wird auch regelmäßig dann bedient, wenn es darum geht, Wetterwarnungen herauszugeben. Es ist somit ein vielfältiger Bereich, und die Entwicklungen gehen weiter. Ich glaube, wenn das System sauber genutzt wird – das ist der Fall –, dann ist auch die Warnung der Bevölkerung über diesen Weg durchaus gewährleistet.

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Thomas Strobl: Kurz zum Verständnis: Es gibt eine App namens nora, die im Grunde genommen auch für Menschen mit Handicap entsprechend einfach zu bedienen ist. Das war ebenfalls ein Thema, das in diesem Zusammenhang angesprochen worden ist.

Vertreter des IM: Es gibt Apps bzw. auch ein Gehörlosentelefon bei den Lagezentren der Polizeipräsidien, wo Notrufe entgegengenommen werden können bzw. eingehen. Da gibt es verschiedene Elemente. Das Gehörlosentelefon war früher zentral in Stuttgart. Da gab es immer eine Nummer, die man wählen konnte. Über dieses konnten auch Menschen mit sprachlichen Schwierigkeiten oder Gehörbehinderungen ihre Informationen einspielen. Das war zentral in Stuttgart, und es wurde dann von Stuttgart an die zuständigen Stellen im Land weitergeleitet.

Das Zweite betrifft die App, die dann auf die Lagezentren aufgespielt bzw. eingespielt wird, und dort werden die weiteren Informationen entgegengenommen, sodass Maßnahmen ergriffen werden können.

Minister des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen Thomas Strobl: Ich glaube, Frau Abg. Cataltepe, jetzt sind wir Grund miteinander.

(Abg. Ayla Cataltepe GRÜNE: Nicht ganz, aber okay!)

– Okay, aber das können wir bilateral lösen.

Vorsitzender Alexander Salomon: Direkte Rückmeldung. Aber sicherlich kann man das in diesem Fall auch an anderer Stelle noch mal intensiver vertiefen. – Ich frage jetzt, ob es weitere Ergänzungen aus dem Innenministerium gibt.

(Minister Thomas Strobl: Nein!)

– Das sehe ich in diesem Fall nicht. Es kam auch eine klare Ansage des Ministers.

Gibt es hier aus der Runde noch Nachfragen? So direkt wie der Herr Minister kann ich nicht sein und direkt Nein sagen. Deshalb frage ich. –

(Vereinzelt Heiterkeit)

Das ist nicht der Fall. Dann darf ich mich vielmals bei Ihnen, Herr Strobl, und Ihrem Team und allen, die heute in diese Sitzung mitgekommen sind und Sie tatkräftig unterstützt haben, vielfach bedanken. Im Namen der Enquetekommission darf ich noch mal ausdrücklich die Wertschätzung, die wir den Akteuren aus dem Bereich Krisenvorsorge, Krisenfrüherkennung und Krisenbekämpfung gegenüber haben, ausdrücken. Das dürfen Sie auch gern weitertragen – Sie persönlich, aber auch Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich hoffe, dass Ihnen diese drei Stunden deutlich besser gefallen haben als in anderen Ausschüssen. Wir waren Ihnen gegenüber sicherlich auch netter als andere Ausschüsse. Sie dürfen auch gern mitnehmen: dass wir durchaus sehen, dass in diesem Bereich viel gearbeitet wird. Vielen Dank an Sie, an Ihr Team, dass Sie heute da waren. Ich wünsche Ihnen ein schönes Wochenende und einen schönen Neujahrsempfang der Landesregierung. Ich habe wahrgenommen, dass Sie diesem jetzt beiwohnen. Vielen Dank an Sie.

An Sie darf ich richten, dass wir am Ende der Tagesordnung angekommen sind. Es gibt auch keine weiteren Anmerkungen. Daher darf ich mich auch von Ihnen verabschieden und Ihnen und der Öffentlichkeit mitteilen, dass die nächste Sitzung der Enquetekommission am 3. Februar 2023 um 9:30 Uhr stattfinden wird. Damit ist die Sitzung geschlossen. Vielen Dank.

(Schluss der öffentlichen Anhörung unter Teil II: 17:02 Uhr)